

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 114-118, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-0, Telex: 25655 und d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Wolfgang Müller, Satz: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

8 + 9/86

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

1. Oktober

„Seien Sie Teil der akademischen Kultur“

Amtsantritt des neuen Präsidenten

Zur Unterstützung der Universität Oldenburg hat ihr neuer Präsident Professor Dr. Michael Daxner die Vertreter der Region aufgerufen. Anlässlich seiner Amtseinführung am 1. Oktober, an der auch zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens teilnahmen, sagte Daxner, die vielfältigen Kontakte und Vereinbarungen zeigten eindrucksvoll, wieviel hier schon erreicht sei.

Der neue Präsident betonte, der Preis für die regionale Akzeptanz werde auch durch die der Universität entgegengenbrachten Ansprüche und Leistungen bestimmt. Insofern sei die Universität ein strukturierender Faktor regionaler Kultur und Ökonomie. Zur Stabilisierung dieses Faktors bedürfe es materieller und ideeller Investitionen. Deshalb forderte Daxner dazu auf, die Hochschulforschung gerade auch dort, wo die gesamtstaatliche Fördersystematik Defizite aufweise, zu unterstützen. Wörtlich sagte er den anwesenden Gästen:

„Seien Sie Teil der akademischen Kultur“. (Wortlaut der Rede auf Seite 4).

Der scheidende Präsident Dr. Horst Zilleßen erklärte, in seiner Amtszeit sei die innere und äußere Konsolidierung der Hochschule zwar noch nicht erreicht, doch seien wesentliche Fortschritte auf diesem Weg erreicht worden. Das sichtbarste Zeichen sei die räumliche Ausstattung. Mit den Neubauten für die Bibliothek, die Sportanlagen und die Mensa sowie mit dem Neubau für die Naturwissenschaften

Fortsetzung Seite 5



Amtsübergabe am 1. Oktober: Der neue Präsident Prof. Dr. Michael Daxner (Mitte) und sein Vorgänger Dr. Horst Zilleßen. Rechts Ministerialdirigent Dr. Christian Hodeler.

Nicht vor 1990 beendet

Der Umbau des Altbaubestandes (ehemalige PH-Gebäude, VG und AVZ) wird vor 1990 voraussichtlich nicht abgeschlossen sein und dazu

führen, daß die Anmietungen am Birkenweg und Johann-Justus-Weg der Universität Oldenburg noch lange erhalten bleiben. Nach Mitteilungen des Wissenschaftsministeriums stehen 1986 und 1987 insgesamt nur 4,8 Millionen von 13 Millionen Mark, die nach Berechnungen des Staatshochbaubamtes benötigt werden, zur Verfügung.

Wie dazu Kanzler Jürgen Lüthje mitteilte, wird zunächst das AVZ umgebaut. In einer Pressemitteilung hatte die Universität Oldenburg im September gefordert, eine Vorfinanzierung der gesamten Umbaumaßnahme durch Kredite zu ermöglichen. Es sei kein Zustand, daß in der Universität selbst 9.000 Quadratmeter Nutzfläche leerstünden, gleichzeitig aber jährlich 520.000 Mark für angemietete Gebäude aufgewendet werden müßten. Eine Vorfinanzierung sei deshalb entgegen den Behauptungen des Ministers kostengünstiger als die Weiterführung von Anmietungen. Darüber hinaus erklärte die Uni-Leitung, der Lehr- und Forschungsbetrieb der Geisteswissenschaften könne nicht jahrelang auf einer Baustelle stattfinden.

Stadt fordert offizielle Meßstelle

Der Verwaltungsausschuß der Stadt Oldenburg hat an den Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst appelliert, den Gammaskopioteknometrieplatz der Universität Oldenburg als offizielle Meßstelle für Oldenburg und Umgebung einzurichten. In einem Schreiben an den Wissenschaftsminister erklärte Oberstadtdirektor Wandscher, die Stadt habe feststellen können, daß sich die Arbeit der Physiker des Fachbereichs 8 nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl als sehr nützlich erwiesen habe. Gleichzeitig bat Wandscher darum, eine ausreichende personelle Ausstattung und eine Erweiterung der technischen Ausstattung „in Richtung Automatisierung“ zu berücksichtigen.

Grundsatzentscheidung für Meeresforschungsinstitut

Nach intensiver Diskussion hat sich der Senat im Juli grundsätzlich für ein Institut für Meeresforschung in Wilhelmshaven ausgesprochen. Damit ist jedoch noch keine endgültige Entscheidung gefällt worden, da zunächst eine dezidierte Planung der Struktur und der Zielsetzung der Einrichtung vorgelegt werden muß. Ebenfalls müssen, so der Senat, die Ausstattung mit notwendigen Stellen und die Einbindung der beteiligten Fachbereiche noch erarbeitet werden. Die endgültige Entscheidung über die Einrichtung des Instituts soll im Herbst getroffen werden.

Das neue Institut für Meeresforschung ist aus den Fachbereichen Biologie und Chemie von den Wissenschaftlern der Meeresbiologie und der Meereschemie angeregt worden, doch sind nun auch die

Fachbereiche Mathematik mit dem Schwerpunkt Modellrechnung und Physik mit dem Schwerpunkt Biophysik interessiert. So wird das zu errichtende Institut zu einer gemeinsamen Forschungsstätte der vier Fachbereiche werden.

Der Aufbau des Instituts für Meeresforschung wird auch von den Verhandlungen mit dem Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst abhängen, die für die Errichtung notwendigen Investitionen nach Auffassung des Senats nicht zu Lasten der Konsolidierung der anderen Fachbereiche gehen dürfe. Gleiches gelte für die räumliche Ausstattung des neuen Instituts. Hier werden etwa 3000 qm Laborfläche benötigt, von der etwa ein Drittel in den Gebäuden der Universität in Oldenburg angesiedelt sein sollen. Nach Meinung

der Senatsmehrheit müsse diese Fläche aus dem Bestand der an dem neuen Institut beteiligten Fachbereiche genommen werden. Mögliche Standorte für das Institut in Wilhelmshaven sind bereits von Oldenburger Wissenschaftlern und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven besichtigt worden. In Wilhelmshaven stehen insbesondere ein Gebäude der ehemaligen Torpedowerkstatt, das sich unmittelbar am Jadebusen befindet, und das Gebäude, das die Verwaltung des Nationalparks Wattenmeer beheimatet, zur Debatte.

Durch die Verteilung der dem Institut zur Verfügung stehenden Flächen auf Wilhelmshaven und Oldenburg ist nach Auffassung der Antragsteller sichergestellt, daß keine Abkopplung von der Universität möglich sei.

Zwei neue Stellen für Professoren

Die Universität Oldenburg erhält zwei Professorenstellen nach dem sogenannten Fiebinger-Plan, um mit der derzeitigen Überbelastung der Hochschule besser fertig zu werden. Grundsätzlich hat der bisherige Präsident Dr. Horst Zilleßen diese Zuweisung begrüßt, gleichzeitig aber Kritik an der Aufteilung der Stellen an den niedersächsischen Hochschulen geübt. So bleibe unverständlich, daß fünf Stellen nach Osnabrück und nur zwei nach Oldenburg gingen. Der auch vom Wissenschaftsminister anerkannte Konsolidierungsbedarf in Oldenburg hätte eine höhere Zuweisung gerechtfertigt.

Disziplinarverfahren gegen sich beantragt

Ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst hat der Soziologe Dr. Prodosh Aich im Rahmen um die Auseinandersetzungen des von ihm herausgegebenen Buches „Die Rathausplünderer“ beantragt. Aich reagierte damit offensichtlich auf ein Interview der Nordwest-Zeitung vom 17. September mit dem bisherigen Vizepräsidenten der Universität, Professor Dr. Jörg Wolff. Wolff hatte darin angekündigt, daß die Universität überprüfe, ob Aich mit der beabsichtigten Herausgabe des zurückgezogenen Buches gegen die Dienstpflicht als Beamter verstoßen habe, weil die Rechte Dritter verletzt worden seien. Die Verbreitung des Buches „Die Rathausplünderer“, das im Spangenbergs Verlag erscheinen sollte, war vom Landgericht Oldenburg in seiner vorliegenden Fassung untersagt worden, weil darin zahlreiche nicht beweisbare Vorwürfe gegen Oldenburg, im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen erhoben worden waren.

Großes Interesse und sehr viel Zustimmung

Ein großes Interesse und viel Zustimmung hat die Ausstellung „Forschung im Nordwesten“ gefunden, die vom 10. bis 26. September in der Oldenburgischen Landesbank stattfand. Nach Worten des Marketingdirektors, Jens-Uwe Kruse, sei die Ausstellung, in der die Universität einen kleinen, aber repräsentativen Ausschnitt ihrer Forschung zeigte und an der sich auch die Fachhochschule beteiligte, besonders von jüngeren Menschen besucht worden. Ganze Schulklassen hätten mitunter die große Schalterhalle der Bank belagert. Die Ausstellung soll bald schon in Wilhelmshaven und Emden gezeigt werden.

An der Eröffnungsveranstaltung nahmen neben zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft aus der Region auch der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Technologie, Walter Hirche, teil.

Nach Auffassung des bisherigen Präsidenten der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen, sollte die Ausstellung dazu dienen, der regionalen Wirtschaft über die dargebotenen Ergebnisse praktischer Forschungstätigkeit Lösungsmöglichkeiten anzuzeigen. Sie sei ein weiterer Schritt der Universität, Kontakte zur Wirtschaft in der Nordwestregion zu knüpfen. Die Bereitschaft der Oldenburgischen Landesbank, diese Form der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, sei bereits Merkmal für die gute Einbindung der Universität in den Nordwestraum. Besonderen Dank sprach der Präsident in diesem Zusammenhang der Oldenburgischen Landschaft, der Ostfriesischen Landschaft und der Oldenburgischen Landschaft und der Oldenburgischen Landesbank für die finanzielle Unterstützung des Vorhabens aus.

Dr. Hubert Forch, Sprecher des Vorstandes der Oldenburgischen Landesbank AG, erklärte, die Ausstellung sei besonders geeignet, noch bestehende Berührungsängste zwischen Wirtschaft und Wissenschaft abzubauen. Gerade in der wirtschaftlich schwachen Region Weser-Ems

sei ein direkter Technologie- und Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Hochschule erforderlich, was entscheidend für den Erfolg der Produkte an den zunehmend schnellebigen Fortsetzung auf S. 5

Teilung

Wie erwartet, hat der Senat der vom Fachbereichsrat 2 beantragten Teilung mit großer Mehrheit zugestimmt. Sobald die Genehmigung durch das Ministerium vorliegt, wird es an der Universität künftig einen Fachbereich 2 mit alter Bezeichnung „Kommunikation/Ästhetik“ mit den Fächern Anglistik, Germanistik, Niedersächsisch und Slavistik geben. Nach mehrmonatigen intensiven Verhandlungen hatten sich die Vertreter der Fächer auf dieses Konzept unter der Federführung von Prof. Dr. Detlef Hoffmann geeinigt (s. auch uni-inf 6/86). Mit der Detaillierung der Teilung sind Prof. Dr. Grathoff und Prof. Dr. Jens Thiele beauftragt worden.

Erster internationaler Workshop kleiner Systeme auf Wangerooge

Als außerordentlich kreativ und informativ hat der Oldenburger Physiker Prof. Dr. Eberhard Hilf die vom Fachbereich Physik der Universität Oldenburg und dem Institut für Kernphysik der Technischen Hochschule Darmstadt veranstaltete Tagung „1st International Workshop on Physics of Small Systems“ im September auf der Insel Wangerooge bezeichnet. Die beiden Einrichtungen sind durch ein gemeinsames Forschungsprojekt des Bundesministers für Forschung und Technologie verbunden. An der Tagung nahmen 50 Wissenschaftler aus den USA, Israel, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden und der Bundesrepublik teil.

Die Tagung vereinigte zwei naturwissenschaftliche Spezialgebiete, denen zunächst nur gemeinsam war: Beide erforschen die Entstehung und Eigenschaften kleiner Partikel, die aus einer begrenzten Anzahl von Atomen oder Molekülen zusammengesetzt sind. Das eine Spezialgebiet war die in Deutschland wohl etablierte „Cluster“-Physik, das andere die hierzulande fast unbekannte „Plasma Desorption Mass Spectroscopy“, kurz PDMS genannt. Die PDMS wurde vor 13 Jahren von dem Amerikaner Prof. Dr. Macfarlane und seinen Mitarbeitern von der Texas University (USA) entdeckt. Sie stellten fest, daß beim Beschuß fester Materie mit sehr hochenergetischen atomaren Partikeln ein kleiner Teil der Materie von der Oberfläche abgelöst wird. Das besondere an dieser Desorption ist, daß trotz der enormen Energie, die das Projekt am Einschlagort deponiert, zusammengesetzte, komplizierte und höchst fragile Partikel vor der Oberfläche ohne Schaden abgelöst werden.

Eine schwedische Forschergruppe berichtete erstmals, daß pro Einschlag bis zu 2000 Moleküle einer schweren organischen Verbindung die Oberfläche unsterört verlassen, wenn die Substanz mit Jodteilchen beschlossen wird, die sich mit 3 Prozent der Lichtgeschwindigkeit (10.000 km/sec.) bewegen. Da einige dieser Moleküle elektrisch geladen sind, können diese ohne Schwierigkeiten mit einem Massenspektrometer untersucht werden. Die Anwendungsmöglichkeiten daraus: Es können massenspektroskopisch schwere, thermisch labile Moleküle studiert und gewonnen werden, die weder verdampft noch bei zu geringen Mengen chemisch zugänglich sind.

Auf der Tagung zeigte sich auch, daß durch entsprechende Wahl der Unterlage, auf die die interessierende Substanz aufgetragen wird, die Qualität der Massenspektren wesentlich verbessert werden kann. Mit zahlreichen Beispielen wurde belegt, daß sich jetzt organische Substanzen bis zu 20.000 Masseneinheiten spektroskopieren lassen.

Die PDMS, so sagte Prof. Hilf, sei dabei im Vergleich zu anderen Methoden um Größenordnungen effizienter. Cluster waren in den Massenspektren der PDMS zwar oft beobachtet, aber bisher mehr als Nebenprodukte angesehen worden. Im Verlauf der Tagung sei klar geworden, daß diese Cluster im Gegensatz zu den noch herkömmlichen Verfahren produzierten Clustern im Moment ihrer Entstehung sehr „heiß“ seien. Damit eröffnete sich der Clusterphysik unerwartet ein neues Forschungsgebiet. Andererseits seien Wissenschaftlern, die an der PDMS arbeiten, Einsichten in die Clusterphysik vermittelt worden, die dazu anregten, anhand von Clustern das noch offene Problem der „Schwerionendizierten Desorption“ zu verstehen.

Cluster bestehen aus einer begrenzten Anzahl von Atomen, beispielsweise 50. Das ist erheblich mehr Materie als jene Partikel, mit denen sich

die Atomphysiker befassen. Es ist zugleich erheblich weniger als eine „kleine Menge Materie“ in der Technik.

Ein Gramm Eisen enthält soviele Atome wie eine Eins mit 23 Nullen ausdrückt. In diesem Gramm hätten soviele Cluster Platz wie eine Eins mit 21 Nullen beschreibt. Die Stabilität dieser Atomhaufen wird von Gesetzmäßigkeit der „magischen Zahl“ bestimmt. Eine Ansammlung von 25 Atomen kann stabil sein. Bereits ein 26. Atom kann die Stabilität der Konstruktion ins Wanken bringen. Technologisch und langfristig wirtschaftlich interessant könnten Cluster u.a. bei der Gewinnung von Sonnenenergie sein. Von einer bestimmten „Kleinheit“ an, so erläuterte Hilf, seien Cluster kleiner als die Wellenlänge von Infrarotstrahlungen. Das bedeutet, daß die Abstrahlung von auf treffender Energie sehr gering und die Absorption von sichtbarem Licht noch hoch sei. Denkbar sind nach Wörtern des Oldenburger Physikers Folien und Anstriche, die Beimengungen von Clustern enthalten. Sie könnten als optimale Sonnenenergiefänger, z.B. auf Hauswänden, dienen.

Doch gilt das noch als Zukunftsmusik. Gegenwärtig lassen sich Cluster praktisch nur unter Laborbedingungen herstellen. Dabei wurden bereits beachtliche Fortschritte gemacht. Es gelang in einem theoretisch noch nicht vollständig geklärten Vorgang, Insulinmoleküle aus einem dünnen Insulinfilm mit Hilfe starker Strahlungsquellen „herauszuschließen“.

Von der Universität Oldenburg wurden Beiträge zum theoretischen Verständnis kleiner Systeme erarbeitet. So wurde von dem Physiker Friedrich Kammer ein erstes mikroskopisch fundiertes Modell zum Mechanismus der schwerionenreduzierten Desorption vorgestellt; das seit seiner gerade abgeschlossenen USA-Forschungsreise dort neuerdings „The Kammer-model“ genannt wird. Physikalische Eigenschaften kleiner Edelgascluster konnten erstmals von Gert Franke exakt quantenmechanisch berechnet werden. Dieses neue von Dr. Lutz Polley auch an der Universität in Oldenburg ersonnene Verfahren wird sich in der Quantenchemie bei vielen Fragen gegen die bisher üblichen Näherungsverfahren durchsetzen. Die allerdings erforderlichen besonders umfangreichen numerischen Rechnungen konnten nur dank der besonders guten Rechnerausstattung der Theorie-Gruppe durchgeführt werden (Standleitungen zu Rechnern der Universität Oldenburg sowie zum Großrechnerzentrum der GSI in Darmstadt).

Prof. R. Hilf berichtete über zumindest notwendige Korrekturen von üblicherweise nur für ausgedehnte Festkörper angewandten quantenmechanischen Näherungsverfahren für die Anwendung auf kleine Cluster und gab den Summary der Tagung.

Technologisch nützliche Anwendungsansätze

- die schwedische Gruppe um Bo Sundqvist, Uppsala, konnte mit Hilfe von PDMS verschiedene Insulinarten (künstlich hergestellte, vom Schwein, vom Menschen) sauber unterscheiden,
- Frau Professor Hoppilliard, vom organisch-chemischen Institut in Saarbrücken, berichtete über spektakuläre Erfolge bei der Aufhellung der chemischen Struktur organischer Moleküle in Zusammenarbeit mit dem PDMS-Zentrum von Prof. Yvon Le Beyec in Paris;
- die Gruppe von Karl Wien konnte erstmals zuverlässig ungeladene Cluster untersuchen, Voraussetzung für die Herstellung von Clustern in größeren Mengen;

- eine Gruppe in Erlangen konnte in Zusammenarbeit mit einem medizinischen Institut in weniger als 20 Minuten auch sehr kleine Spuren des Knochenblätterpilzes in frisch im Krankenhaus eingelieferten Patienten nachweisen und so die medizinische Entscheidung über einen Blutaustausch rechtzeitig vorbereiten helfen. Dieses Verfahren ist daher dem bisher üblichen aufwendigen miniaturisierten Druck-Gaschromatographie vorzuziehen,

- interessant erscheint besonders eine spezielle Präparationsart insbesondere der Arbeitsgruppe von Prof. Röllgen, Bonn, Cluster aus wässrigen Lösungen zu untersuchen. Es zeigte sich, daß das weite Feld der maringen Clusterforschung, wie der Clusterbildung in Meerwasser als Vorstufe zur Sedimentbildung, der Bestimmung winziger Spuren organischer Moleküle auf Sedimentoberflächen besonders zukunftsrichtig ist.

Diese Fragestellungen könnten besonders gut in Oldenburg - Zusammenarbeit mit den bereits vorhandenen Meeresforschungsgruppen - bearbeitet werden. Dazu wäre jedoch der Aufbau einer größeren experimentellen und theoretisch arbeitenden Forschergruppe durch das Land Niedersachsen an der Universität Oldenburg notwendig, die gut zur Forschungseinrichtung des geplanten ICBM paßt.

Wachsmann-Preis

Der Gerhard-Wachsmann-Preis zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten jüngerer Mitglieder oder Absolventen der Universität Oldenburg wird jährlich vergeben. Vorschläge können bis zum 1. November unter Einreichung eines Exemplars der Diplom-, Doktor- oder Habilitationsarbeit zusammen mit den dafür abgegebenen Gutachten gemacht werden. Eine empfehlende Stellungnahme zur Begründung des Vorschlags sollte ebenfalls abgegeben werden. Vorschlagsberechtigt sind Vorstands- und Beiratsmitglieder der Universitätsgesellschaft und Professoren der Universität. Weitere Auskünfte erteilt Prof. Dr. H. K. Schminke, Fachbereich 7. Er nimmt auch die Vorschläge entgegen.

Akustische und optische Ausbreitung von Wellen

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat den Arbeitsgruppen Akustik (Prof. Dr. Volker Mellert) und angewandte Optik (Prof. Dr. Klaus Hirsch) 370.000 Mark für Grundlagenuntersuchungen zur Erforschung der akustischen und optischen Wellenausbreitung in der bodennahen Atmosphäre zur Verfügung gestellt. Die wissenschaftliche Fragestellung entstand bei dem Studium der Lärmabsorption im Freien, der unzulänglichen Praxis in der Lärmprognoze und bei den Schwierigkeiten in der Berücksichtigung von Witterungsbedingungen in Modellen zur Lärmvorhersage. In einer vom Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst finanzierten Voruntersuchung wurde festgestellt, daß eine Reihe grundsätzlicher Probleme im physikalischen Verständnis des Ausbreitungsvorgangs von akustischen Wellen in einer Luftschicht ungeklärt sind, welche in ihrer Temperatur und ihrer Bewegung permanenter Fluktuation unterworfen ist. Das Phänomen ist ähnlich dem „Flimmern“ weit entfernter Objekte, die man z.B. beim Autofahren auf der sommerlich erwärmten Straße in Bodennähe beobachtet.

Sowohl mit optischen als auch akustischen Methoden wird in dem gemeinsamen Forschungsvorhaben beider Arbeitsgruppen die Luftbewegung - zunächst im Labor, später im Freien - und ihr Einfluß auf die sie durchdringenden Wellen untersucht. In ihrem Vorhaben kooperieren die beiden Arbeitsgruppen eng mit der theoretischen Physik, da die mathematischen Modelle zur Beschreibung der Wechselwirkung akustischer Wellen mit einem fluktuernden Medium der vorliegenden Konfiguration noch nicht zufriedenstellend gelöst sind.

GDCP: Umweltprobleme auch im Physik- und Chemieunterricht

Stärker als bisher sollten Umweltprobleme im Chemie- und Physikunterricht behandelt werden. Das forderte der Vorsitzende der Gesellschaft für Didaktik der Chemie und Physik (GDCP), Professor Dr. Rainer Götz (Freiburg) auf einer Pressekonferenz anlässlich der Jahrestagung der GDCP vom 15. bis 18. September der Universität Oldenburg. Es müsse, so Götz, zunehmend auch Aufgabe der naturwissenschaftlichen Fächer sein, die Umweltverträglichkeit von Technologien zum Thema des Unterrichts zu machen und damit die Jugend in einem höheren Maße für Umweltprobleme zu sensibilisieren. Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl sei dies noch einmal besonders deutlich geworden.

Eröffnet wurde die Jahrestagung, an der über 200 Wissenschaftler und Lehrer aus der gesamten Bundesrepublik teilnahmen, von dem Zukunftsforscher Professor Dr. Robert Jungk mit einem Plenarvortrag „Umwelt - Erziehung und Aktualität“. Jungk wandte sich insbesondere an die Wissenschaftler und Lehrer, denen es in ihrer Forschung und insbesondere Lehre um die Aufklärung über die potentielle Umweltkatastrophe und die zunehmende Militarisierung der Forschung gehe. Er forderte in diesem Zusammenhang dazu auf, die Herrschaftsfunktion herkömmlicher Wissenschaftssprache zu analysieren und einer interessierten Öffentlichkeit transparent zu machen.

Dabei riet er an, daß Studium Wissenschaftsjournalismus an jeder Universität einzurichten und die Teilnahme für jeden als Nebenfach zu ermöglichen. Nachdrücklich betonte Jungk, die kritische Information über Umweltstörung und Militarisierung von Wissenschaft und Technik werde allerdings ohne Konsequenzen für die Bürger bleiben, wenn nicht gleichzeitig Konzepte einer umwelt- und sozialverträglichen Technologie offen gelegt würden, um Perspektiven für jedermann- und frau zu eröffnen.

Als Kontrahent gegen Jungk, der seit vielen Jahren einer der heftigsten Kritiker der Großtechnologien ist, trat in einem zweiten Plenarvortrag der Leiter des Projektes

Schneller Brüter am Kernforschungszentrum Karlsruhe, Dr. Willy Marth auf. Seine Argumente für den viel kritisierten Schnellen Brüter: Wenn das Schnelle-Brüter-Konzept in der Bundesrepublik konsequent realisiert würde, würden die bescheidenen Uranvorräte im Fichtelgebirge und im Schwarzwald ausreichen, um die Bundesrepublik für mehrere Jahrhunderte gegenüber jeder Energieeinheit autark zu halten. Der hohe Standard der Sicherheitstechnik in der BRD ermögliche den Bau ohne größeres Risiko.

Beide Vorträge, sowohl der von Jungk als auch der von Marth, stießen auf ein außerordentliches Interesse. Insgesamt nahmen 600 Personen an ihnen teil. In weiteren Plenarvorträgen wurde die didaktische Umsetzung der Umweltprobleme in der Schule angesprochen:

- Betroffenheit der Schüler und Lehrer als Ziel und Grundlage der Umwelterziehung (Dr. S. Hellwege, Hamburg).
- Wasser- und Umwelt: Möglichkeiten zur Behandlung des Themas in der Schule (Prof. Dr. L.A. Hüttner, Österreich).

Am Abend des 17. September wurde der Nestor der Physikdidaktik, der Darmstädter Professor Dr. Martin Wagenschein, in einer gemeinsamen Veranstaltung der Universität Oldenburg und der GDCP anlässlich seines Geburtstages geehrt. Professor Dr. H. Rumpf (Frankfurt) hielt den Festvortrag zum Thema „Der Verlust der Wirklichkeit und Martin Wagenscheins Pädagogik“.

Neben den Plenarvorträgen fanden in vier Parallelreihen etwa 100 Diskussionsvorträge und Workshops statt. 120 Lehrer nahmen auch an der am 17. September angebotenen Lehrerfortbildung teil. Hier wurden in Experimentalvorträgen und Führungen durch die Labors die aktuelle Forschung im Bereich der Energie und Umwelt an der Universität Oldenburg dargestellt.

Als großer Erfolg bezeichnete der Vorstand der GDCP die Tagung. Ihre Organisation und das Umfeld seien außerordentlich anregend für die wissenschaftlichen Diskussionen gewesen.

Windenergie

Am 27./28. März findet in der Universität Oldenburg eine Tagung zur Windenergie statt. Veranstalter ist das Kuratorium und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Windenergie (DGW), die den Oldenburger Physiker Professor Dr. Wolfgang Schmidt mit der Organisation beauftragt hat. Ziel der Tagung ist es, einen Überblick des heutigen Standes der Technik zu geben und Zusammenhänge und Abhängigkeiten der einzelnen Problemkreise deutlich zu machen. Dabei geht es u.a. darum, warum Windenergie in der Bundesrepublik weniger genutzt wird als in anderen Industriestaaten, wie sich der technische Stand und die Probleme in der Bundesrepublik von denen im europäischen Ausland unterscheiden.

Horizonte

Zur Eröffnung der Ausstellung „Mathematische Horizonte“ im Museum für Naturkunde und Vorgeschichte hielt am 28. August Professor Dr. Wolfgang Ebenhöch, FB 6, den Einführungsvortrag. Parallel dazu ist noch bis Dezember eine Ausstellung in der Universität zu sehen: „Geometrische Knobeleien“. Ort: Standort Wechloy, Mathematik-Trakt W1 1-106.

Fall Fleßner: Ablehnende Haltung gegen Disziplinarverfahren

Der Senat der Universität hat auf seiner letzten Sitzung seine ablehnende Haltung gegen Disziplinarversuche die Niedersächsische Landesregierung gegen die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Heike Fleßner in einem einstimmigen Beschluß wiederholt. In der Erklärung heißt es, er weise nochmals darauf hin, daß es „keine verfassungsrechtlich zwingend vorgeschriebenen Rechtsgrundsätze gäbe, wonach die Kandidatur für die DKP als mit dem Grundgesetz bzw. mit dem Beamtenstatus nicht vereinbar und deshalb disziplinarrechtlich zu verfolgen sei. Angesichts der drohenden Suspendie-

rung von Frau Fleßner plädiere der Senat ausdrücklich dafür, dieses Verfahren einzustellen“.

Wie bereits berichtet, war die Erziehungswissenschaftlerin wegen ihrer DKP-Kandidatur für die Wahlen zum Niedersächsischen Landtag erneut zu einer Anhörung nach Hannover beordert worden. Neben dem Senat übten an dem Verfahren auch der Fachbereichsrat und zahlreiche Gruppierungen heftige Kritik.

Auf einer Protestkundgebung sagte die amtierende Vizepräsidentin der Universität, Privatdozentin Dr. Ilse Dröge-Modelmog, zu den erstrittenen Maßstäben der Vernunft in der

modernen Gesellschaft gehöre, daß es eine Pluralität von politischen Auffassungen gäbe, daß politischen Minderheiten absoluter Schutz ihrer Menschenwürde und ihrer persönlichen Existenz gewährt werde. Diese Selbstverständlichkeit werde auch für Frau Fleßner reklamiert. Das Verbot der Freiheit politischer Betätigung durch Berufsverbote schaffe Duckmäuserstum und Untertanengeist, die zu den Schattenseiten der Geschichte und der Vernunft gehörten. Frau Fleßner drohe Suspensions aus dem Dienst, weil sie sich die Freiheit zur grundgesetzlich garantierten politischen Betätigung nehme.

Senat:

Weitere Einschnitte in das Lehr- und Forschungsgefüge

„Die erneute Streichung von Stellen, wie sie für den Haushalt 1987 vorgesehen wird, bedeutet einen weiteren Einschnitt in das Lehr- und Forschungsgefüge der Universität Oldenburg“. Mit dieser Feststellung kritisierte der Senat das Wissenschaftsministerium, das im kommenden Haushaltsjahr vornehmlich im Bereich der Lehrerausbildung sechs Stellen streichen will. Nach Auffassung des Senats sei seine Feststellung auch nicht dadurch zu entkräften, daß der Universität unter dem Strich bei den Stellenzugängen insgesamt ein kleiner positiver Saldo verbleibe. Denn neue Stellen würden vorrangig für neue Fächer und Studiengänge verbleiben.

In dem Beschuß heißt es weiter, Stellenstreichungen beträfen in der Regel wissenschaftliche Fachgebiete und greifen damit in Profil- und Entwicklungsprogramme der Universität ein. In Zeiten knapper Ressourcen, forciert Schwerpunktsetzung und

enormer gesellschaftlicher Umbrüche müsse die Hochschule in besonderer Weise darauf Wert legen, ihre weitere Entwicklung verantwortungsvoll zu strukturieren. Vor diesem Hintergrund sei eine Wissenschaftspolitik, die im wesentlichen auf Stellenumschichtung basiere, allein schon problematisch. Sie werde vollauf widersinnig, wenn dabei Stellenstreichungen im wesentlichen auf biographischen Ereignissen beruhen (Tod, Wechsel oder Ausscheiden von Stelleninhaber). Ein solches Vorgehen ignoriere alle einer Wissenschaftseinrichtung eigenständlichen Wesensmerkmale und führe die Gestaltungsaufgaben der Universität ad absurdum.

Nach Meinung des Senats werde dies besonders deutlich an der Tatsache, daß auch wissenschaftliche Nachwuchsstellen von den Streichungen betroffen seien. Zudem führe die Verlagerung von Lehrerausbildungskapazitäten in aussichtsreichere Stu-

diengänge nicht nur zu Qualitätsseinbußen in diesem Bereich, sondern auch zum Abbau der Ausbildung in dem Diplom- und Magisterstudiengang der Geisteswissenschaften zugunsten der Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Gleichzeitig kritisierte der Senat die Praxis des MWK, für Sonderaufgaben eigene Töpfe zu Lasten der sonstigen Haushaltssmittel zu bilden. Dies tangiere nicht nur ganz erheblich die Autonomie der Hochschulen, sie mache alle Überlegungen zu einem Hochschulentwicklungsplan obsolet und konterkarriere zudem die Erwartungen an eine produktive Profilierung der Hochschulen.

Gottwald über Qualitätsbewußtsein

„Qualitätsbewußtsein als Leitlinie“ lautet das Thema eines Vortrages, den Professor Dr. Dr. Peter Gottwald, Hochschullehrer für Psychologie mit dem Schwerpunkt Psychotherapie im Fachbereich 5 der Universität, am Mittwoch, 15. Oktober, 20.00 Uhr, im Vortragssaal des Stadtmuseums halten wird. Es handelt sich um eine Veranstaltung im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe von Universitätsgesellschaft und Universität Oldenburg.

Hilferuf

Wenn nicht mehr Spenden eingehen, muß die Arbeit der Meßstelle für Radioaktivität des Fachbereichs Physik eingestellt werden. Die bisherigen Mittel aus der Universität sowie persönliche Spenden durch Mitglieder des Fachbereichs, die auch ihre Veranstaltungshonorare zur Verfügung stellten, sind schon bald verbraucht. Deshalb wendet sich die Meßstelle an die universitäre Öffentlichkeit mit der Bitte um Spenden. Das Geld wird für den Einkauf von Proben sowie die Herstellung von Informationsblättern und vor allem zur Finanzierung von Werkverträgen gebraucht. Die Veröffentlichung von Meßergebnissen habe nur Sinn, so die Meßstelle, wenn regelmäßig und kontinuierlich gemessen werde. Das sei ganztägige Arbeit für sachkompetente Studenten höherer Semester unter der Anleitung von Dr. Heinz Helmets. Die Nachfrage sei immer noch groß. Der Anruferantworter werde viel genutzt. Außerdem seien an den Sprechstundennachmittagen noch jeweils 25 persönliche Beratungen fällig. Im Herbst werde dies noch zunehmend Spendenkonto: Regierungshauptkasse Aurich, Kreissparkasse Aurich (BLZ: 28451050), Konto-Nr.: 90845, Stichwort: Universität Oldenburg, Titelgruppe 63, Kostenstelle: 9531 (Dekan FB 8, Radioaktivitätsmessung). Am Ende des Jahres wird jedem Spender eine steuerabzugsfähige Quittung zugesandt.

Dies solle auch für den wissenschaftlichen Bereich gelten, für den entsprechende Bestimmungen geschaffen werden müßten, um den Anteil der Frauen im Lehr- und Forschungsbetrieb zu erhöhen.

Nachwachsende Rohstoffe

Enttäuschung über Minister-Entscheidung

Mit Bedauern hat der Präsident der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen, zur Kenntnis genommen, daß der niedersächsische Wissenschaftsminister, Dr. Johann-Tönjes Cassens, sich die Pläne zur Errichtung eines außeruniversitären Instituts für die Chemie nachwachsender Rohstoffe trotz der breiten Unterstützung von Parteien, Verbänden und Institutionen der Region gegenwärtig nicht zu eigen gemacht hat.

Der Minister begründet die Ablehnung des Instituts zum jetzigen Zeitpunkt damit, daß zunächst ein Nachholbedarf an Grundlagenforschung erfüllt werden müsse. Es sei notwendig, dies in gezielten Projekten zu gewährleisten.

Das Institut für die Chemie nachwachsender Rohstoffe war von den Oldenburger Chemikern Prof. Dr. Peter Köll und Privatdozent Dr. Jürgen Metzger vorgeschlagen worden. Köll und Metzger hatten in ihrem Vorschlag darauf hingewiesen, daß

eine umfassende Nutzung nachwachsender Rohstoffe nur durch intensive chemische Forschungen zu gewährleisten sei und in diesem Bereich gerade der Grundlagenforschung ein besonderer hoher Stellenwert zukomme. Der vom Wissenschaftsminister angeführte „Nachholbedarf an Grundlagenforschung“ sei somit ein substantielles Anliegen des von ihnen vorgeschlagenen Instituts.

Zur Aussage des Ministers, die Universität solle zunächst mit gezielter Projektarbeit die Grundlagenforschung vorantreiben, sagte der Präsident aus, die Universität werde genau dieses tun, und zwar mit der Perspektive der späteren Errichtung des Instituts. Auf diese Weise werde sie den Minister beim Wort nehmen. Seitens des Ministeriums müßten jedoch schon jetzt den Worten auch Taten folgen in Gestalt einer angemessenen materiellen Unterstützung dieses Forschungsbereichs an der Universität.

Zeitschriften werden im BIS abbestellt

Die Universitätsbibliothek muß in nicht unerheblichem Maße Zeitschriften abbestellen. Der Haushaltsplan für das kommende Jahr sieht lediglich 1,1 Millionen Mark für den Erwerb von Zeitschriften vor, denen in den letzten Jahren eingegangene Verpflichtungen in Höhe von knapp 1,7 Millionen Mark gegenüberstehen. Allerdings hat das Ministerium nach heftigen Protesten durchblicken lassen, daß die Bibliothek - trotz des noch nicht revidierten Haushaltssatzes - 1,4 Millionen Mark für diesen Bereich ausgeben dürfe, wobei allerdings noch nicht klar ist, woher das Geld kommen soll.

Wie auch immer, im Augenblick ist die Bibliothek dabei, Zeitschriften abzubestellen. Der bisher amtierende Vizepräsident und Vorsitzende der Bibliothekskommission, Prof. Dr. Jörg Wolff, erklärte dazu, man müsse Auswirkungen auf Forschung und Lehre ernsthaft befürchten, da gerade beim Zeitschriftenbestand die Bibliothek gut dastehe.

Wie hoch der Gesamtetat der Bibliothek im kommenden Jahr tatsächlich sein wird, steht ebenfalls noch nicht fest. Gemunkelt wird allerdings, daß er nicht ganz das diesjährige Volumen von 3,75 Millionen Mark erreichen wird.

Als Hauptfach: Magister im Bereich Politikwissenschaft

Künftig können Studenten im Rahmen ihres Magisterstudiums Politikwissenschaft als erstes oder zweites Hauptfach wählen. Das Ministerium genehmigte einen entsprechenden Antrag der Universität im Juli. Gleichzeitig genehmigte es auch die Einrichtung des Magisterstudiengangs Chemie im Nebenfach. Keine Zustimmung fand dagegen bisher ein entsprechender Antrag für das Fach Physik. Hier sollen noch Details vor der endgültigen Entscheidung erklärt werden.

Perspektiven

Ossietzky-Tage '87 mit Wissenschaftlern der BRD und DDR

Wissenschaftler aus der Bundesrepublik und der DDR werden im Rahmen der Ossietzky-Tage '87 vom 3. bis 5. Mai über die Zukunft ihrer Staaten sprechen. Nach intensiven Bemühungen ist es gelungen, ein solches Symposium zustande zu bringen, das unter der Überschrift „Perspektiven - Gesellschaftliche Entwicklung und Aufgaben der Wissenschaft in der Sicht der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ steht. Das Symposium wird am 3. Mai durch Günther Gaus, den ersten Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, eröffnet.

Zu drei Komplexen sollen sich nach dem bisherigen Stand der Planungen Wissenschaftler aus der DDR und der BRD äußern:

- Zukunft der Arbeit
- Bildung und Erziehung
- Nationale Traditionspflege als Zukunftsortierung?

In der Ausschreibung heißt es dazu, die sich immer stärker beschleunigenden technologischen Umwälzungen führen in allen Industriestaaten zu Umstrukturierungen mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Folgen. Einhergeht mit dieser Ent-

wicklung nicht nur die ständige Bedrohung des Friedens, sondern auch die Gefahr einer schlechenden Zerstörung der natürlichen Existenzgrundlagen. Politisch spielten die beiden deutschen Staaten mit ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsordnung, aber ihrer gemeinsamen Geschichte und ihrer geografischen Lage eine besondere Rolle, die ihnen auch durch eine besondere Verantwortung auferlegt werde. Bei dem Symposium gehe es darum, wie in beiden Staaten angesichts dieser Lage gesellschaftliche Veränderungen bis zum Ende dieses Jahrhunderts geschehen würden und welche Rolle insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften dabei spielen.

Bisheriger Zeitplan:

- Sonntag, 3. Mai 1987, 20.00 Plenum
- Montag, 4. Mai 1987, 9.00-13.00 AG Zukunft der Arbeit, 14.30-17.30 AG Bildung und Erziehung
- Dienstag, 5. Mai 1987, 9.00-13.00 AG Nationale Traditionspflege als Zukunftsortierung?, 15.00 Plenum.

Die Organisation der Ossietzky-Tage hat die Pressestelle übernommen. Ansprechpartner: Gerhard Harms, Gudrun Pabst, Tel.: 2418.

Neuer Arbeitskreis mit der Wirtschaft

Knapp 20 Unternehmer und Wissenschaftler gehören einem Arbeitskreis „Wirtschaft-Universität“ an, dessen Ziel es ist, die Kontakte zwischen beiden Einrichtungen zu stärken und das offensichtliche Informationsdefizit über die Universität Oldenburg zu verringern. Die Initiative dazu ging sowohl vom Arbeitgeberverband als auch vom damaligen Dekan des Fachbereichs 4, Prof. Dr. Willi Küpper, aus. Küpper sagte, daß der Informationsaustausch in diesem Arbeits-

kreis dazu führen solle und bereits geführt habe, die mitunter falschen Vorstellungen über Lehre und Forschung richtigzustellen. Dies sei von großer Bedeutung für die Absolventen der Hochschule. Gleichzeitig gehe es darum, die Bedürfnisse der hiesigen Wirtschaft zu erkunden und, soweit möglich, darauf einzugehen. Die Verbindungen von Wissenschaftlern der Universität mit der regionalen Wirtschaft seien bereits vielfältig, müßten aber weiter ausgebaut werden.

Frauenbeauftragte?

In einer Stellungnahme zu dem von der Regierung im Entwurf vorliegenden „Richtlinien über die berufliche Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst“ hat der Senat sich für klarere Formulierungen ausgesprochen. Danach sollen Frauen bei gleicher Qualifikation grundsätzlich bevorzugt eingestellt werden, bis die Überrepräsentation von Männern abgebaut ist. Bei der Besetzung von höherwertigen Stellen, bei Beförderungen und Höhergruppierungen sind Frauen bei gleicher Qualifikation wie die männlichen Bewerber nach Ansicht des Senats so zu berücksichtigen, daß sie in allen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen zur Hälfte in der jeweiligen Funktionsgruppe vertreten sind. In den Auswahlkommissionen sollen Frauen mindestens zur Hälfte sein.

Bereits im Oktober wird sich der Senat entsprechend eines Beschlusses vom Juni dieses Jahres mit einem Bericht über die Situation der Frauen an der Universität Oldenburg befassen, der von Dezernat 5 Planung und Statistik vorgelegt wird. Wie dazu die Vizepräsidentin der Universität, Privatdozentin Dr. Ilse Dröge-Modelmog, erklärte, werde sie sich dafür einsetzen, daß die Funktion einer „Frauenbeauftragten“ geschaffen werde, die unter anderem über die Einhaltung neuer Richtlinien zu wachen habe.

Dies solle auch für den wissenschaftlichen Bereich gelten, für den entsprechende Bestimmungen geschaffen werden müßten, um den Anteil der Frauen im Lehr- und Forschungsbetrieb zu erhöhen.

„Universitäten brauchen umso mehr Freiheiten, je mehr neue Territorien sie betreten wollen“

Antrittsrede des neuen Präsidenten der Universität Oldenburg, Professor Michael Daxner, am 1. Oktober

Für die Glückwünsche und Mahnungen danke ich Ihnen. Sie haben selbst gehört und wissen, wie komplex und widersprüchlich Hochschulpolitik sich nur mehr vermitteln kann, wenn wir auf sie nicht gleich zugunsten der Finanzpolitik verzichten wollen oder die Hochschulen dem Gang beliebiger anderer Großinstitutionen überlassen.

Die Erwartungen an Universitäten werden nicht in gesellschaftlichem Konsens formuliert. Die Palette der Ansprüche reicht vom mythologisch überhöhten Weisstempel über technologische Kaderschmieden bis zu reinen Dienstleistungsunternehmen, wo jeder, der kann, kauft, was er braucht. Um Erwartungen zu stützen, nützt es nichts, Humboldt oder Generationen von Nobelpreisträgern zu bemühen, wenn Zeugen für eine vergangene Größe gebraucht werden: so, wie man es gerne hätte, gab es diese Größe der deutschen Universität nie, und wir dürfen die Chance von 1945 nicht einer unbegriffenen Geschichte opfern. Wenn Wissenschaft un trennbar mit der Zukunft der Gesellschaft verbunden ist, dann müssen die Erwartungen aus einer Bestimmung dieser Zukunft sich herstellen. Wissenschaft bedeutet zuerst und vor allem Kritik der Gegenwart und Konkretion des Neuen. Ständige Überarbeitung von Wissen in Lehr- und Forschung ist dazu notwendig, damit die Perspektiven für die Zukunft nicht bloße Verlängerung des Vergangenen werden. Dies ist kein idealistisches Konzept, bei aller Achtung vor Neugierde, Forscherdrang und Tradition. Wenn Wissenschaft die Wahrheit der Zukunft, die möglichen Zukünfte, denken soll, dann brauchen die Universitäten Stellen, Räume, Geräte, Bücher, Geld - und umso mehr Freiheit, je mehr wir neue Territorien betreten wollen und je vielfältiger die Gruppen der Bevölkerung sind, die wir erreichen wollen. Ich werde zunächst einige sehr praktische, kurzfristige Probleme ansprechen, die das Verhältnis von Aufgaben und Arbeitsbedingungen deutlich machen. Dann wende ich mich weiteren Perspektiven der Hochschulpolitik zu, die geeignet sein mögen, Identifikationen und Selbstverständigung über die Universität herbeizuführen, Konsens oder Konflikt? - dies ist keine Frage, die wir vor einer Auseinandersetzung um die Beziehung zwischen Universität und Gesellschaft vorschrein beantworten dürfen, die Antworten liegen teilweise in dem Beitrag, den die Wissenschaft in der Analyse der Gesellschaft leistet.

Ohne Mittelbau keine Zukunft

Nun zu einigen konkreten Problemen:

1. Die Anpassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes an das zum dritten Mal novellierte Hochschulrahmengesetz steht bevor. Das HRG ist so wenig geeignet, die großen Probleme der Hochschulen zu lösen, daß uns die Anpassung mit Sorge erfüllen muß. Ich kann hier nicht in Details gehen, aber ich muß vom Landesgesetz erwarten, daß es nicht bloß bundesfrei formuliert, sondern zusätzlich Impulse ins Gesetz aufnimmt. Ich nenne beispielhaft: mehr Spielraum für hochschulpezifische Entwicklungen geben; den öffentlichen Auftrag der Hochschulen und die Bedeutung der Hochschulforschung in den Aussagen zur Forschungsorganisation stärken; die m.E. ungenügenden Repräsentanten aller Statusgruppen in den Mitbestimmungsgremien verbessern. Wissenschaftspolitische Bundespräsenz der Landesregierung und der Hochschulen ist hier gefordert, aber Sie wissen so gut wie ich:

das Gesetz ist nur ein Faktor in der Hochschulpolitik.

2. Den Mittelbau nenne ich die zentrale Problemgruppe der derzeitigen Hochschulpolitik. Es handelt sich nicht nur um „Nachwuchs“ und das organische, biologistische Bild: Student/in - Nachwuchs - Professor/in, stimmt eben auch nicht. Ohne angemessene zahlreichen und sozial abgesicherten Mittelbau wird es keine Zukunft der Hochschulen geben - und keine Zukunft hochschulfreier Forschung. Deutlich gesagt: Für Qualifikationsstellen, zur Promotion, ggf. zur Habilitation, sind befristete Stellen akzeptabel. Zur Regeneration und Entwicklung der Wissenschaften taugen sie nicht: Rotation ist keine Qualifikations-Stimulans, das läßt sich beweisen, nicht zuletzt am Beispiel der USA. Aber mit der Realität der Stellenstreichungen im Mittelbau läßt sich auch beweisen, daß ganze Wissenschaftsfelder verdorren müssen, ohne daß die Verlagerung von Stellen anderswohin diesen Verlust kompensieren könnte. Wer von Elite und Nachwuchsförderung spricht, muß dies vor dem Hintergrund der folgenden Zahlen tun: Die jährliche Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der Wissenschaft beträgt 7.000 bis 8.000 Zugänge, davon 600 bis 800 Habilitierte. Zugleich sind zwei Drittel des wissenschaftlichen Personals Nichtprofessoren, davon arbeiten wiederum zwei Drittel befristet. Aber von diesen sind nur ein Fünftel auf Qualifikationsstellen. Vier Fünftel der Friststelleninhaber/innen qualifizieren sich neben ihrem Dienstauflagen. Durchschnittliche Vertragsdauer ist 1,6 Jahre (Quelle: Ludwig Huber 1985/6). Wer kann da ehrlicherweise behaupten, erstklassige Wissenschaft könne sich angesichts dieser Realität breit entfalten?

Weniger Mittel für Studierende

Zugleich müssen wir bitter konstatieren: Zwischen 1965 und 1971 stiegen die Bildungsausgaben je Studierendem von 15.000 auf 20.000 Mark im Jahr. Seit damals fallen sie kontinuierlich und liegen heute mit ca. 12.000 Mark weit unterhalb des Werts für 1965 (konstante Preise, Quelle: Baethge, Hartung, Husemann, Teichler). Das sind Realitäten, vor denen jede Bildungspolitik sich präsentieren muß. Wie Art. 12 des Grundgesetzes Berufsfreiheit allgemein garantiert, so darf der Beruf von Wissenschaftler/innen nicht auf ein Übergangsstadium im Lebenslauf reduziert werden.

3. Die Arbeitsbedingungen des nichtwissenschaftlichen Personals und die soziale Not vieler Studierender sind leider nicht hinreichend problematisiert. Wenn Höchstleistungen gefordert werden, darf der Bereich der Dienstleistungen nicht überlastet werden - das ist ein Gebot der Sozialpolitik, aber auch der wissenschaftlichen Kooperation. Wer studentische Brillanz erwartet und Studienzeiten verkürzen will, darf nicht den studentischen Arbeitsmarkt zu einer Dauerinstitution des Nebenerwerbs machen. Mehr Tutoren- und Hilfskraftstellen sind hier neben einer BAFöG-Reform angezeigt.

4. Die Qualität von Lehren, Lernen, Forschen und Beraten muß verbessert werden, sie muß differenziert werden. Dazu brauchen wir Geld, Stellen, disziplinierten Umgang miteinander, Strukturreformen. Dazu brauchen wir aber auch eine Veränderung der Haltung des Ministeriums: die unscharfe Grenze zwischen legitimer Rechtsaufsicht und als zweckmäßig deklarierter Fachaufsicht schnürt die Universitäten dort am meisten ein, wo sie kreativ und eigenwillig sein können. Studien- und

Prüfungsordnungen dürfen nicht ein fragwürdigen Vergleichbarkeitsnorm zum Opfer fallen, wenn andererseits überall doch der Wettbewerb die Devise ist. Die Universität braucht mehr Einfluß auf eine aktive Mitgestaltung des Arbeitsmarktes. Die Kooperation mit Wirtschaft und Arbeitnehmerorganisationen erfordert mehr Einfluß auf das Profil der möglichen Studienabschlüsse. Ich fordere keine Willkür oder Beliebigkeit von Fach zu Fach, sondern eine angemessene bildungswissenschaftliche und bildungspolitische Interventionskompetenz der Universität. Hier dürfen wir uns nicht scheuen, von Ländern mit massendemokratischem Bildungsanspruch zu lernen - ich denke vor allem an die USA.

Mehr Geld für Geisteswissenschaften

5. Ein Wort zur Stellensituation. Der Versuch von Minister Dr. Cassens, wenigstens Stellenbestandswahrung zu erreichen, verdient Respekt. Aber es ist nicht einzusehen, daß zugleich die Stellenumschichtungen zu Lasten der Kultur- und Sozialwissenschaften gehen, also gerade dort der Mittelbau verschwindet, wo die Innovationsbedürftigkeit am größten ist - so sieht das auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die sich verstärkt um den kulturstiftenden Bereich der Wissenschaft bemüht. Jahrlang ist in diesen Wissenschaften eine Reduktion der Kompetenz durch Überlast erfolgt, und jetzt sollen Stellen reduziert werden, anstatt daß ein Aufholen in der Forschung angeregt wird. Durch Unterschreiten von Mindestgrößen können Wissenschaftsgebiete für Jahrzehnte zerstört werden. Dies kann eine auf Wahlperioden fixierte Wissenschaftsverwaltung schwerlich vor uns und der Nachwelt verantworten.

Genug der Beispiele. Ich komme zu Strukturfragen, die mir besonders wichtig sind.

Wenn es überhaupt einen möglichen Konsens über die gesellschaftliche Funktion der Hochschulen gibt, dann meint er die Öffentlichkeit dieser Institution. Das heißt nicht, daß der Staat diese Öffentlichkeit substituieren und okkupieren darf; und es heißt nicht, daß private Träger willkürlich Teile der Öffentlichkeit ausgrenzen dürfen, sei es aus sozialen oder ideologischen Gründen. Öffentlichkeit bedeutet, daß die Universität zugänglich sein muß für die Menschen und die Probleme dieser Menschen - Wissenschaft ist nicht unbegrenzt offen für alle Wünsche, sie kann nicht alle Probleme lösen; aber sie muß sich kompetent für die Analyse und Artikulation dieser Probleme machen. Öffentlichkeit heißt noch mehr: Ungefragt die Wahrheiten der Wissenschaft veröffentlichen; Ungeboten warnen und sich einmischen, wo immer sich Wissenschaftler/innen dazu legitimiert wissen. Diese Legitimation wird nicht so sehr aus dem Dienstrecht ableiten, als sie der Struktur von Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft geschuldet ist. Zur sozialen Öffnung der Hochschulen, die erhaltenswert ist und erweiterungsfähig erscheint, muß die intellektuelle Offenheit hinzutreten. Das setzt hohe ethische Maßstäbe für die Wissenschaft und auch die Fähigkeit zur Selbstkritik voraus, es setzt bei der Öffentlichkeit ein hohes Maß von Akzeptanz ungehobelter und unbequemer Resultate von Wissenschaft voraus. Aus dem kann sich eine enge, aber nicht bedingungslose Kooperation entwickeln.

Bedrückung über Disziplinierung

Es tut mir leid, auch an diesem guten

Tag auf eine Bedrückung hinweisen zu müssen, die uns allen durch die Verfahren zur Prüfung der Verfassungstreue und die gesinnungsabhängige Disziplinierung erwächst. Für die einzelnen Betroffenen bedeuten sie Zerstörung sozialer und psychischer Identität, der Wissenschaft aber bringen sie Verlust an Substanz und die Aufforderung zur Heuchelei; dem Staat schließlich erwächst aus einer Verkehrung des Gewaltmonopols die Gefahr von Illoyalität und kultureller Erosion. Ich bitte hier nicht um Toleranz, hier fordere ich sie: Gesinnung und Wissenschaft dürfen nicht vom Staat über das Dienstrecht verknüpft werden, die politische Kultur kann nicht administrativ normalisiert werden. Justiz und Verwaltung sind ebenso wie die Politiker aufgefordert, dem unwürdigen Verfahren ein Ende zu bereiten. In anderen Bundesländern und in vielen westlichen Demokratien sind diese Verfahren abgeschafft oder unbekannt. Die Hochschulen, wollen sie vor sich bestehen, müssen weiterhin einen Beitrag da leisten, Toleranz und Minderheitenschutz zu produzieren und zum Bestandteil öffentlicher Bedürfnisse werden zu lassen. Solche zeichnen die gefestigte Demokratie stärker aus als administrative Regelung politischer Konflikte.

Schwerpunktbildung in der Forschung

In einem Klima öffentlichkeitsorientierten Forschens und Lehrens können wir gleichwohl nicht auf gleichmäßige und allseitige Expansion aller Disziplinen bauen. Dies aus den bekannten materiellen Gründen, mehr noch wegen der unterschiedlichen Dynamik der Fächer, ihren Konjunkturen, Traditionen, Lobbies und Gegnern. Gerade wegen dieser Ungleichmäßigkeit müssen die Disziplinen ihre Grundausrüstung längerfristig und bei schwankenden Studienzahlen halten können, solange sie nachweisen können, daß Fachgeschichte und Systematik wichtige Wissenschaftsbereiche umfassen, die nicht verschwendet werden. Aber es muß zu Schwerpunktbildungen, zu Profilierungen kommen. Dazu wird staatliche Schwerpunktförderung beitragen, ebenso wie Berufspolitik. International ausgerichtete Forschung an der Universität Oldenburg signalisiert bereits jetzt den Anspruch auf Universalität. Aus der Region erbitte ich hierzu weiterhin Anregungen und Bedürfnisse. Aber es gibt darüber noch Probleme, die ich die zentralen „Projekte“ der Wissenschaft in dieser Gesellschaft nennen möchte. In diskutierbarer Reihenfolge nenne ich Problemfelder der Friedenssicherung, Gleichstellung der Frauen und ökologische Strukturplanung, Reorganisation der Arbeit, Demokratisierung und Vermenschlichung unserer Verkehrsformen. Für die Forschung folgen aus diesen Problemfeldern ganz praktische Konsequenzen: Kooperation von Natur- und Sozialwissenschaften, Technology Assessment, Begleitforschungen, Bereitstellung von Experten für Ökologiepolitik und Planung in der Sozialpolitik, um einige zu nennen. Diese Perspektiven ersetzen nicht den traditionellen Aufgabenkatalog, sie ergänzen und erweitern ihn.

Hier wird viel davon abhängen, wie die Universität ihre Qualitätsansprüche setzt, und wie glaubwürdig sie nach innen und außen vertreten werden. Höchste Ansprüche an Forschung und Lehre vertragen sich durchaus mit den genannten Prinzipien. Von der Öffentlichkeit, die Sie heute repräsentieren, meine Damen und Herren, darf die Universität erwarten, daß ihr gerade dort kritische So-

lidarität entgegengesetzt wird, wo wir ungesicherten Boden betreten, wo die Experimente neuer Studiengänge, Forschungsvorhaben, Denkweisen nicht schon je auf ein behagliches Deja-vu beim Beobachter treffen. Ich sage sehr deutlich: die Universität ist rechenschaftspflichtig. Sie muß transparent aufweisen, wie sie mit ihren Aufträgen umgeht, wohin der Weg führt. Aber die Wissenschaft hat auch das Recht, nicht durch Vorurteile und Ressentiments regiert zu werden. Gerade angesichts der teilweise erfolgreichen Überwindung anti-intellektueller Traditionen in Deutschland müssen wir uns hüten, wieder mit dem unvermittelbaren Nebeneinander von ökonomischer Dynamik und kultureller Selbstbeschränkung, mit der falschen Liebe zu unbegriffenen „Vorländern“ konfrontiert zu werden - die Universität setzt dem die stolze und zugleich aufgeklärte-beschiedene Liebe zur vernünftigen Wahrheitssuche entgegen und will so respektiert sein.

Einbindung in die Region

An dieser Stelle genau wende ich mich der Einbindung der Universität in die Region zu. Vielfältige Kontakte, Vereinbarungen, Aufträge, Repräsentationen zeigen eindrucksvoll, wieviel hier schon erreicht wurde - die Leistung von Horst Zilleßen muß hier deutlich herausgestellt werden. Regionaler Austausch, das bedeutet Wechselseitigkeit im kulturellen, wissenschaftlichen und praktischen Anspruch, im Geben und Nehmen. Der Preis für die regionale Akzeptanz wird auch durch die der Universität entgegengesetzten Ansprüche und Leistungen bestimmt. Die Universität ist selbst ein strukturierender Faktor regionaler Kultur und Ökonomie. Und es gilt im kleinen, was auch gesamtstaatlich gilt: zur Stabilisierung dieses Faktors bedarf es der Investitionen, materieller und ideeller. Ich meine damit zum einen Aufträge, Kooperationsvereinbarungen, Ausbauvorhaben, gemeinsame kulturelle und sportliche Veranstaltungen. Ich meine aber auch Zuwendungen in Form von Spenden, Stiftungen und jener Unterstützungen, die nicht gleich den Druck unmittelbar-konkreter Auftragserfüllung setzen. Jedes der Veranstaltungsverzeichnis soll die Liste der fördernden Personen und Institutionen mit dem gleichen Stolz nennen, wie irgendwann „Oldenburg“ regelmäßig hinter den hier erworbenen akademischen Graden stehen wird. Fördern Sie, meine Damen und Herren, die Hochschulforschung gerade auch dort, wo die gesamtstaatliche große Förderersystematik Defizite aufweist. Stiften Sie Bücher, Stipendien, Geräte lassen Sie zu, daß den Universitätsangehörigen und damit auch der Öffentlichkeit kleine Universitätsmuseen für Lehre und Forschung zur Verfügung stehen, seien Sie Teil der akademischen Kultur und setzen Sie auch hier Maßstäbe für die Bundesrepublik. Wo Sie es bereits sind, bitte ich Sie dankbar um Fortsetzung Ihrer Unterstützung. Ich sichere Ihnen strengste öffentliche Rechenschaftslegung über die Verwendung von derartigen Zuwendungen zu. Sie werden verstehen, daß dieses Vertrauen umso gegenseitiger sein kann, je deutlicher die Universität über den Mitteleinsatz entscheidet. Gegenüber dem Staat, dem Träger der Universität, werde ich nachdrücklich die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen nach angemessener Finanzierung ihrer Forschung vertreten. Auf diese Absicherung gibt es ein öffentliches Recht. Wir können gute und immer bessere Leistungen

Fortsetzung von Seite 4

Fortsetzung von S. 4

erbringen, aber es gilt: Die Hochschulen wollen nicht des Kaisers neue Kleider im Forschungsland Niedersachsen tragen, sondern gut sichtbare Arbeitskleidung aus solider Währung.

Wir brauchen diese Ausstattung, um zu forschen und zu lehren, und um Aufträge und Beratungsfunktionen gut zu erfüllen. Unsere Verpflichtung gilt immer auch jenen, die der Wissenschaft bedürfen, aber Resultate nicht einfach kaufen können.

Die Glaubwürdigkeit der Unterstützung dieser Universität wird auch daran zu messen sein, wieviel Freiheit in der Interpretation ihres Auftrags ohne ökonomische oder ideologische Demütigung uns gewährt wird. Dazu, und ich wende mich hier an Hannover, dazu gehört eine überdurchschnittliche Zuweisung von Ressourcen in die westniedersächsische Hochschulregion, gerade nach Oldenburg. Wir beanspruchen dies nicht als Privileg oder gar als Subvention. Aber wenn der Gesetzgeber Universitäten will, dann muß er seinen neuen Hochschulen die Chance geben, ihre Wünsche und ihr Profil nicht als Newcomer oder als Lehrbücher alteingesessener Anstalten zu gewinnen - die parlamentarische Unterstützung durch die Vertreter/innen aller Parteien der Region erbittet ich hier herzlich.

Hier ist Wissenschaft Teil des Alltages

Die Einbindung in die Region deutet auch kulturell. Die intellektuelle und moralische Region der Universität endet nicht an den Grenzen des Regierungsbezirks. Aber so wichtig internationale Beziehungen, kosmopolitischer Habitus und nichtprovinzielles Denken sind: hier, in Oldenburg, steht diese Universität, hier hat sich die Attraktivität einer studentischen Lebenswelt zu beweisen, hier vollzieht sich Integration, aber auch Differenzierung von Hochschule und sozialem, politischem, kulturellem, wirtschaftlichem Umfeld, hier ist Wissenschaft Teil des Alltags politischer Kultur. Anteilnahme soll zur Teilnahme an der Universität führen, umgekehrt soll die Universität an den Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Region Anteil nehmen. Die Ansätze zur Kooperation, z.B. mit dem DGB oder in Form der Arbeitsstelle DIALOG und beispielhaft mit dem Alfred-Wegener-Institut bilden eine vielversprechende Ebene dieser Anteilnahme. Solches wird unsere Position in der Forschungslandschaft nur stärken können. Versuche, Arbeitslose, Senioren, Berufstätige zu integrieren, stellen eine andere Ebene dar.

Besonders wichtig ist es, Frauenförderung, Frauenforschung und Gleichstellung nicht zu Worthülsen männlicher Politik verkommen zu lassen: in der Vizepräsidentin sehe ich mehr als nur einen symbolischen Markstein, und ich bitte Sie alle herzlich, die Frage, ob und wie sehr die Zukunft der Wissenschaft weiblich sein muß, nicht als rhetorisch abzufertigen. Schließlich gehört zur Anteilnahme auch das Akzeptieren jener spezifisch-innenuniversitären Bemühungen um Demokratie, die Außenstehenden oft seltsam vorkommen: sie sind ebenso mühsam wie unerlässlich.

Von unseren in- und ausländischen Partnern, besonders aus Groningen und Thorn, wünsche ich mir Zusammenarbeit, Rat und Unterstützung, und wo nötig, soll es an Bereitschaft zu gemeinsamer Sprache in Hannover, Bonn oder bei den Wissenschaftsorganisationen nicht fehlen.

Höchst mögliches Niveau für möglichst Viele

Ein letztes Problem: wir können uns gegen elitäre Vereinzelungen nur durch höchstmögliches Niveau für möglichst Viele schützen; ich verste-

he die Universität als die zutiefst republikanische Einrichtung: Wissenschaft ist als res publica, als öffentliche Sache zu begreifen, um sie, mit Jaspers, zu einem "Forum für die Fragen der Zeit" zu machen. Sorgfalt in der Beobachtung von Bedürfnissen, Unabhängigkeit und Kompetenz im Urteil und strikteste Verpflichtung auf den Wahrheitsanspruch werden für die Hochschulpolitik der Zukunft wichtiger denn je sein.

Meine Damen und Herren! Ein Präsident hat keinen unbegrenzten Handlungsspielraum. Ich werde in den kommenden Jahren mich dem Programm verpflichtet wissen, das die Gruppen in der Universität sich geben, und das aus den Verhandlungen mit Staat und Öffentlichkeit sich ergibt. Ich werde öffentliche Ansprüche mit den Bedürfnissen der Hochschule zu vermitteln haben, ich werde zu integrieren haben, ohne Illusionen zu wecken oder Konflikte zur Unzeit einzubauen. Darin soll sich meine Arbeit nicht erschöpfen. Ich habe viele Jahre in der Hochschulforschung gearbeitet, und aus meiner Erfahrung in Forschung, Lehre und Studienreform werde ich versuchen anzuregen, zu kritisieren und vor allem zu ermutigen. Mut und Zivilcourage sind wichtig, damit Wissenschaft als Beruf nicht vor der Realität kapitulieren muß. Ich fühle mich den Traditionen verpflichtet, bei denen Sie alle in und außerhalb der Universität die Arbeit und die Tendenzen der Wissenschaft präsentieren erhalten - und ich bekämpfe solche Traditionen, in denen die Hochschule nur als Geisterwesen idealisiert und geähnelt erscheint. Sicher werden mein Stil und meine Arbeitsformen eine oldenburgische Assimilation erfahren. Umgekehrt werde ich, der Aufgabe meines Amtes angemessen, versuchen, mir Offenheit und Lernfähigkeit, Diskurs und Engagement gegenüber Region und Gesellschaft zu verschaffen und zu erhalten.

Die Öffentlichkeit wurde in den letzten Wochen mit einer Mehrzahl von Spekulationen und Ressentiments, meine Person betreffend, bedient. Wer Hypothesen verteilt, möge darauf achten, daß er nicht seinen eigenen Besitz damit entwertet. So wie meine Loyalität sich nicht von Sympathien und Antipathien leiten lassen darf, mache ich den Anspruch geltend, daß mir und damit der Universität jem vorurteilslose Interessiertheit entgegengebracht wird, die der Institution öffentlicher Wissenschaft einzig angemessen ist. Sie werden von mir wenige Versprechungen hören, aber meine Praxis als Präsident dieser Universität steht öffentlicher Beurteilung offen - und sie wird die Kriterien liefern. Gegen eine Diffamierung von Personen, die immer auch der Universität im Ganzen schadet, werde ich mich jedenfalls im Interesse der Integrität dieser Hochschule wehren.

Nachdenklich schließe ich mit Bertold Brechts kurzer Betrachtung aus den Keuner-Geschichten:

„Wer das Wissen trägt, der darf nicht kämpfen; noch die Wahrheit sagen; noch einen Dienst erweisen; noch nicht essen; noch die Ehrenungen ausschlagen; noch kenntlich sein. Wer das Wissen trägt, hat von allen Tugenden nur eine: daß er das Wissen trägt“, sagte Herr Keuner.

Wenn diese Universität das Tragen des Wissens den Menschen unserer Gesellschaft unverstellt und vorbehaltlos erleichtert, wäre viel gewonnen.

Gemeinsame Studienberatung

Das Wissenschaftsministerium hat die Vereinbarung zwischen der Universität Oldenburg und der Fachhochschule Oldenburg über die Einrichtung einer gemeinsamen Studienberatungsstelle als gemeinsame zentrale Einrichtung genehmigt.

„Seien Sie Teil der akademischen Kultur“

Fortsetzung von Seite 1

schaften seien die universitätseigenen Flächen während seiner Amtszeit mehr als verdreifacht und für große Bereiche der Universität hervorrangende Arbeitsbedingungen geschaffen worden. Deren leistungsfördernden Auswirkungen seien schon heute nachweisbar. Auch in der Forschungspolitik seien wichtige Schritte getan worden. Sie habe viel an Bedeutung gewonnen. Jetzt komme es darauf an, unter Beibehaltung der ganzen Breite der Forschung wenige hochleistungsfähige Forschungsschwerpunkte zu setzen, mit denen sie sich als Gesamtheit identifizieren könne.

Zur Konsolidierung, so Zilleßen, gehören zweifelsfrei auch die immer besseren Beziehungen der Universität zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld in der Stadt, der Region und darüber hinaus. Es sei für eine Neugründung immer ein schwieriges Terrain, insbesondere deshalb, weil sie bei den Repräsentanten oft auf Erwartungen treffe, die sich aus deren eigenen Studiererfahrungen herleiten, die aber selbst, wenn sie nicht durch den Zeitabstand verklärt seien, ziemlich deutlich abweichen von den gegenwärtigen Bedingungen. Für die Neugründungen der 60er und 70er Jahre gelte ge-

nerell, daß „Alt-Heidelberg“ weder in Oldenburg noch anderswo möglich gewesen wäre.

Grundsätzlich meinte der bisherige Präsident, jeder müsse sich dessen bewußt sein, daß es bei aller notwendigen Zusammenarbeit mit der Region nie einen Weg zu einer kritiklosen Übereinstimmung geben könne. In den Universitäten müsse stärker als in anderen gesellschaftlichen Bereichen der Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft präsent bleiben, müßten Forschung und Lehre der gesellschaftlichen Wirklichkeit voraussehen. Dies führt zwangsläufig zur Kritik am Bestehenden.

Ministerialdirigent Dr. Christian Hodler würdigte im Namen des Wissenschaftsministers die Leistungen Zilleßens. Daß die Universität immer stärker von der Region angenommen werde, sei insbesondere ein Verdienst von ihm. Die habe sich auch deutlich im Ministerium niedergeschlagen. Zilleßen habe die Universität vorangetragen. An den neuen Präsidenten gewandt, sagte Hodler, dessen Amtszeit falle in die Periode eines verschärften Wettbewerbs unter den Universitäten. Er biete ihm die Hilfe des Ministeriums an, die daraus resultierende Probleme zu lösen.

Vor Daxner, der als letzter ans Rednerpult trat, sprachen die Vertreter der Statusgruppen in der Universität. Sie artikulierten die spezifischen Interessen der Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Mitarbeiter des technischen und Verwaltungsdienstes und der Studenten.

„Studium Generale“

Insgesamt 100 Lehrveranstaltungen bietet die Universität Oldenburg im Wintersemester 1986/87 allen interessierten Bürgern im Rahmen des „Studium generale“ an. Die Veranstaltungen, die Teil des regulären Lehrangebotes sind, bieten einen Einblick in wichtige Wissenschaftsbereiche oder setzen sich mit aktuellen ökologischen, zeitgeschichtlichen, philosophischen und gesellschaftspolitischen Themenstellungen auseinander. Sie bieten zudem, vor allem älteren Teilnehmern, einen Austausch mit der studierenden jüngeren Generation. Auch in diesem Semester findet wieder ein Einführungsseminar für ältere Studierende statt, das die Möglichkeit bietet, sich den Einstieg in den Studienbetrieb zu erleichtern.

Senatsdiskussion zu neuen Technologien

Einen Bericht über die Probleme bei der Einführung neuer Technologien in der Universität sowie deren Lösung soll nach einem Beschuß des Senats der Dezerent für Rechts- und Organisationsangelegenheiten, Dr. Henning Schrimpf, halbjährlich dem Gremium vorlegen. Darüber hinaus werde laut Senatsbeschuß die Universitätsleitung ein Konzept für die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die technische Koordination und die arbeitsrechtlichen sowie ergonomischen Voraussetzungen erarbeiten.

Zu dem Beschuß kam es aufgrund einer Anfrage von Dr. Gottfried Mergner und eines offenen Briefs der ÖTV an den Präsidenten der Universität. Die ÖTV kritisierte dabei die Vorgehensweise bei der Umstellung des bisherigen EDV-Systems der Universitätsbibliothek auf das neue Automatisierungssystem URICA. Das überstürzte Handeln bei der Einführung von URICA habe die Interessen der Mitarbeiter und Benutzer der Bibliothek vernachlässigt und führe überdies zu einer Verschlechterung der Serviceleistungen dieser Einrichtung.

Mergner hingegen bemängelte in seiner Anfrage die Vorgehensweise bei der Anschaffung von Personalcomputern aus Geldern für wissenschaftliches Personal im Herbst 1985. Es seien von den Fachbereichen überstürzt Personalcomputer gekauft worden, die aus ergonomischen, technischen und arbeitsrechtlichen Gründen nicht zur Textverarbeitung geeignet seien. Gerade unter dem Gesichtspunkt, daß nach Ansicht von Fachleuten künftig ca. 80 Prozent der Aufgaben im Rechnerbereich in der Textverarbeitung liegen, wäre Anlaß gewesen, dem zuständigen Personal hochwertiges Textverarbeitungsgerät zur Verfügung zu stellen. Verfügung zu stellen.

Die Universitätsleitung wies in ihrer Antwort vor dem Senat darauf hin, daß alle Anträge zur Anschaffung von PC nach den zwischen Personalrat und Universität vereinbarten Grundsätzen für den Einsatz von Textverarbeitungssystem geprüft werden seien und es dabei keine Besonderheiten gegeben habe. Der Vorwurf des überstürzten Handelns wurde mit dem Hinweis auf die bereits seit 1984 durchgeführten Einführungs- und Demonstrationsver-

anstaltungen zurückgewiesen. Zudem sei bereits im August 1985 ein „Kriterienkatalog für die Einführung von Textsystemen“ entwickelt worden. Nachdem der Universitätsleitung bekannt geworden sei, daß entgegen diesen Grundsätzen Mitarbeiter an Geräten eingesetzt worden seien, habe sie die Fachbereiche auf die bisher gültige Regelung verwiesen.

Für die Beratung bei der Einführung neuer Technologien wurden Dr. Henning Schrimpf und Günther Schumann (Dez. 6), H. Wätjen (Bibliothek) und Marita Rosenow (Personalrat) benannt.

Kempowski erst im Dezember

Wegen einer Lehrverpflichtung in den USA an der Universität Provo in Utah werden die Veranstaltungen des Schriftstellers und Lehrauftragten an der Universität Oldenburg, Walter Kempowski, erst am 8. Dezember beginnen. Die bis dahin ausgefallenen Vorlesungen werden nach Ver einbarungen mit den Teilnehmern nachgeholt, sagte Kempowski dazu.

Perspektiven für Frauen ab 35

Seit dem 2. September bietet der Ortsring Oldenburg des Deutschen Frauenringes in Zusammenarbeit mit dem ZWW im Rahmen eines Zehn-Wochen-Kurses das Freiburger Projekt „Neuer Start ab 35“ an. Der Kurs richtet sich an Hausfrauen, die, nachdem die Kinder erwachsen werden, neue Aufgaben und Kontakte suchen. Themen sind: Lernen wie man lernt, Selbstbehauptung, Recht im Alltag, Arbeitsmarktsituationen für Frauen, Kreativität, etc. Der Kurs will keine bestimmten Weiterbildung-, Ausbildungs- oder Arbeitsplätze anbieten, sondern vielmehr zukünftige Entscheidungshilfen für das zukünftige Leben geben. Für die Planung und Begleitung des Kurses wurde eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bewilligt. Weitere Informationen erhalten interessierte Frauen bei Almut Setje-Eilers, ZWW, Tel.: 798-2584.

Fortsetzung von Seite 1
ger werdenden Märkten sei. Die Ausstellung sollte daher als Impuls aus der Region verstanden werden, wirtschaftliche Probleme durch die Nutzung der Forschungsergebnisse zu lösen.

Prof. Dr. Willi Küpper vom Institut für Betriebswirtschaft der Universität Oldenburg dokumentierte in seiner Rede anlässlich der Eröffnung die bereits zahlreichen Kontakte zwischen Wissenschaftlern der Universität und der regionalen Wirtschaft. Die Kooperation sei notwendig, um der Region die nötigen Impulse zu geben. Eine wichtige Voraussetzung dafür aber sei die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der in der Hochschulpolitik eine besondere Rolle zukäme. Der Präsident der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer, Peter Waskönig, unterstrich in seinem Referat die Bedeutung der Universität für die Region. Notwendig sei aber auch, daß die Universität über die Region hinausstrahle und in internationalen Wettbewerb mithalten könne. Ähnlich äußerte sich der Niedersächsische Wirtschaftsminister Walter Hirsch.

Vorbereitet und zusammengestellt wurde die Ausstellung, die nach Auskunft der Oldenburgischen Landesbank hohes Interesse fand, von der Presse- und Informationsstelle der Universität. 33 Projekte wurden aus den unterschiedlichen Forschungsbereichen (Bildungs- und Kulturforschung, Gesundheitsforschung, alternative Energien und Rohstoffgewinnung, Umwelt-, Polar- und Lärmforschung, Stadtforschung, Zoologie, Physik, Sport u.a.) präsentiert.

Die Forschungsprojekte wurden dem Besucher auf Schautafeln vorgestellt, deren Informationsgehalt durch Modelle, Ton- und Videoeinspielungen sowie eine kleine Auswahl von Veröffentlichungen Oldenburger Wissenschaftler ergänzt wurden. Ein Verzeichnis der Veröffentlichungen Oldenburger Wissenschaftler, das 4000 Titel enthält, konnte eingesesehen werden. Den Besuchern wurde zudem eine Broschüre zur Verfügung gestellt, die die Ausstellung umfassend beschreibt und auch Auskunft über die Kontaktmöglichkeiten zu den beteiligten Wissenschaftlern gibt. Die Reden der Eröffnungsveranstaltungen werden in Kürze veröffentlicht.

Ausbildung für regenerative Energiegewinnung in der 3. Welt



Windkonverter zur Förderung von Trinkwasser bei Arequipa (Peru)

Diplomierte Naturwissenschaftler und Ingenieure aus Ländern der 3. Welt werden zukünftig in Oldenburg mit einem einjährigen Lehrgang dafür qualifiziert, Energieversorgungssysteme auf der Basis von regenerativen Energiequellen, z.B. Sonnenenergie, Windenergie, Laufwasserkraft sowie Biomasse in ihren Heimatländern zu entwerfen und zu verwirklichen. Ein entsprechender Aufbaustudiengang „Grundlagen der Nutzung regenerativer Energiequellen“ wird ab Oktober 1986 im Fachbereich Physik der Universität Oldenburg eine Experimentieranlage für solche Energieversorgungssysteme zur Verfügung, an der die Lehrgangsteilnehmer ebenso wie bei Praktikumsversuchen der Arbeitsgruppe „Physik Regenerativer Energiequellen (PRE)“ den neuesten Stand der Entwicklung auf diesem Gebiet kennenlernen können.

Die Wissenschaftler werden sich in dem Studiengang mit den entsprechenden Einzeltechnologien wie beispielsweise Stromerzeugung mit Sonnenzellen oder Windmaschinen ebenso beschäftigen wie mit den Möglichkeiten und Problemen beim Zusammenwirken solcher Komponenten in einem Verbundsystem.

Dreimal soll dieser Studiengang bis

1990 im Rahmen eines Modellver- suchs erprobt werden, der aus Bun- des- und Landesmitteln mit knapp einer Million Mark gefördert wird.

Danach wird entschieden, ob er in

das ständige Angebot der Universität aufgenommen werden soll.

Die Vorstellungen und Planungen

für dieses Vorhaben gehen auf

Arbeitsergebnisse aus den Projekten

„Angepaßte Technologie und Natur- verhältnis (ATENA)“ und „Alterna- tive Energie- und Rohstoffnutzung

(ALTEC)“ zurück.

Bereits 1982 hatten Mitarbeiter von ATENA in einem ländlichen Hospital Tansanias Solarzellen für eine Notstromversorgung aufgebaut und eine Studie über die Energieversorgung im ländlichen Gesundheitswesen des Landes erstellt. Auch in Südamerika wurden Nutzungsmöglichkeiten für erneuerbare Energiequellen untersucht.

Für den Studiengang steht mit dem „Energielabor“ der Universität Oldenburg eine Experimentieranlage für solche Energieversorgungssysteme zur Verfügung, an der die Lehrgangsteilnehmer ebenso wie bei Praktikumsversuchen der Arbeitsgruppe „Physik Regenerativer Energiequellen (PRE)“ den neuesten Stand der Entwicklung auf diesem Gebiet kennenlernen können.

Die Arbeitsgruppe Mikrobiologie wird im Rahmen des Kurses die Ausbildung über die Umwandlung von Biomasse in Energieträger (Biogas oder Alkohol) sicherstellen.

Da die derzeit sehr problematische Energieversorgung in entlegenen Regionen der 3. Welt nicht nur fundierte Fachkenntnisse erfordert, sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch lernen, soziale, kulturelle, ökonomische und ökologische Bedingungen an den Einsatzorten in ländlichen Krankenhäusern, Schulen, Dörfern von Anfang an bei dem Entwurf solcher Anlagen in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Dies soll in praxisorientierten Veranstaltungen wie z.B. Fallstudien oder

Projektentwürfen geschehen. Auswärtige Experten mit einschlägigen Projekterfahrungen können dafür Lehraufträge erhalten. Außerdem sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein mehrwöchiges Praktikum bei Organisationen, Beratungsunternehmen oder Firmen machen, wo technische Projekte in Dritt Weltländern durchgeführt oder Technologien zur Nutzung regenerativer Energiequellen entwickelt werden. Kern des Studiengangs ist aber die Vermittlung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Nutzung regenerativer Energiequellen. Denn daß sich diese Technologien in Ländern der 3. Welt bisher ebenso wenig durchgesetzt haben wie bei uns, obwohl sie sich gerade auch für den Einsatz fern von zentralen Versorgungsnetzen anbieten, liegt nicht zuletzt daran, daß auch Naturwissenschaftler und Ingenieure während ihres Studiums kaum umfassend über die Möglichkeiten und Grenzen solcher Verfahren ausgebildet werden. Das führt dann oft zur Über- oder Unterschätzung der Leistungsfähigkeit entsprechender Systeme und zum Scheitern von teuren Projekten, obwohl gerade in diesen Regionen der Welt die klimatischen Voraussetzungen besonders günstig sind.

Mit diesem Studiengang soll ein Beitrag dazu geleistet werden, daß Technologien in der 3. Welt verstärkt eingesetzt werden, die wegen ihres geringen Bedarfs an Rohstoffen und importierten Energieträgern in der Zukunft immer mehr Bedeutung erlangen werden.

Neben den volkswirtschaftlichen Vorteilen dieser Möglichkeit der Energieversorgung vor allem in ländlichen Regionen der 3. Welt werden die ökologischen Vorteile der Nutzung erneuerbarer Energiequellen auch in der 3. Welt immer wichtiger: Verkarstung durch Rückbau an Holz und anderen brennbaren Materialien, Verschmutzung von Flüssen und Meeresküsten sowie die weltweit drohenden Klimaveränderungen durch die CO₂-Anreicherung der Atmosphäre bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen und durch Vernichtung der Wälder können durch diese Art der Energieversorgung zumindest gemindert werden.

Eckehardt Naumann

4. Hochschultage Technikunterricht

Vom 29. September bis 1. Oktober fanden an der Universität Oldenburg die 4. Hochschultage Technikunterricht statt. Der Kongreß wandte sich dabei an Lehrer aller Schularten, die das Fach Technik unterrichten sowie an Fachdidaktiker, die in der Lehrerausbildung und -weiterbildung tätig sind. Darüber hinaus sollte die Fachtagung die Diskussion mit allen jenen aufrecht erhalten, die in der Schulverwaltung oder anderen Institutionen mit diesem Fach befaßt sind.

Geleitet wurde die Tagung von Prof. Dr. Kurt Henseler und Dr. Gerd Reich (beide Universität Oldenburg). Der Niedersächsische Kultusminister Georg-Berndt Oschatz übernahm die Schirmherrschaft.

Insgesamt 41 Beiträge von Wissenschaftlern und Lehrern standen mit folgenden Schwerpunkten auf dem Programm: Grundlagen der Fachdidaktik, Methoden und Medien des Technikunterrichts, Kooperation/Integration mit anderen Fächern, Mikroelektronik im Unterricht und erprobte Unterrichtseinheiten.

Die meisten Kultusminister der Länder ermöglichen durch Dienstbefreiungen den Fachlehrern die Teilnahme an dem Kongreß.

Keine Lottogelder für die Forschung

Mit heftiger Kritik hat die Senatskommission zur Forschungsförderung der Universität Oldenburg auf die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung reagiert, keine Lottomittel mehr für die Forschungsförderung zur Verfügung zu stellen und bereits bewilligte Mittel zu sperren. Für die Hochschulen des Landes Niedersachsen bedeutet diese Sparmaßnahme eine weitere Beschränkung der Forschung, deren Intensivierung auf der anderen Seite immer wieder von der Politik gefordert werde.

In den Jahren 1983 bis 1985 erhielt die Universität mehr als 1,1 Millionen Mark aus dem nunmehr gestrichenen Fond. Lottomittel haben bisher vornehmlich der Förderung regional bezogener Forschung gedient. So stellte sie bisher die einzige Möglichkeit dar, Fragestellung zur Geschichte des Nordwestraums zu untersuchen - so z.B. die Entwicklung von Versorgungsstrukturen - und Einrichtungen des Oldenburger Ammerlands, die Erstellung einer historischen Wirtschaftskarte für das Land Oldenburg und die Erstellung eines saterfriesischen Wörterbuchs.

Ein weiterer Schwerpunkt waren die Polarforschung und die Kooperation mit dem Alfred-Wegener-Institut

Kleist-Symposium

Anläßlich des Gedenkjahrs zum 175. Todestag Heinrich von Kleists (am 21. November 1811) wird vom 5. bis 7. November in Oldenburg ein internationales literaturwissenschaftliches Kleist-Symposium veranstaltet. An der Tagung werden 25 Wissenschaftler aus acht Ländern teilnehmen, neben Australien, England, den Niederlanden, Österreich, Südafrika und den USA sind die DDR - mit voraussichtlich vier Teilnehmern - und die Bundesrepublik vertreten. Das Symposium wird von dem Oldenburger Germanisten Professor Dirk Grathoff veranstaltet und geleitet. Durch eine großzügige finanzielle Förderung aus regionalen Mitteln mit Unterstützung der Oldenburger Landschaft wurde es möglich, die Tagung für Oldenburg zu gewinnen. Jenseits der offiziellen Gedenkfeierlichkeiten wird dies das einzige wissenschaftliche Symposium im Gedenkjahr 1986 sein. (Ein mehr künstlerisch orientiertes Kolloquium über Kleists „Penthesilea“ findet in Rom statt).

Das Oldenburger Symposium ist darum bemüht, der Kleist-Forschung neue Impulse zu verleihen. Neben etablierten Kleist-Spezialisten (wie etwa Ilse-Marie Barth, Ulm, Hilda Brown, Oxford, Peter Horn, Kapstadt, Klaus Kanzog, München oder Anthony Stephens, Adelaide) werden deshalb deziert auch namhafte Germanisten als „Neulinge“ in Sachen Kleist eingeladen, die bereits mit methodisch avancierten Arbeiten im literarhistorischen Umfeld hervorgetreten sind und so neue Perspektiven auf Kleist eröffnen können. Zu nennen sind u.a. Alexander von Bormann (Amsterdam), Jost Hermann (Madison), Hans Hiebel (Graz), Klaus Peter (Amherst), Ernst Ribbat (Münster) oder Gert Sautermeister (Bremen).

In den Beiträgen zum Symposium werden vier Wissenschaftler aus der DDR eingeladen (Gerda Heinrich, Bernd Leistner, Peter Weber und Alexander Weigel). Hervorzuheben ist auch, daß unter den 25 eingeladenen Teilnehmern sechs Literaturwissenschaftlerinnen sind (Ilse-Marie Barth, Hilda Brown, Gerda Heinrich, Ingrid Oesterle (Gießen), Inge Stephan und Sigrid Weigel (Hamburg), die auch jenseits des anwachsenden Interesses an Kleist von Seiten der neuen Frauenforschung über Kleist arbeiten. Die Beiträge des Symposiums werden 1987 in einem Sammelband publiziert.

Für das Rahmenprogramm der Tagung konnte die DDR-Schriftstellerin Blanche Kommerell zu einer abendlichen Lesung gewonnen werden. Die Nichte des berühmten Essayisten und Literaturwissenschaftlers Max Kommerell wird „Die Sprache und das Unaussprechliche - Heinrich von Kleist und Max Kommerell“ lesen.

Literatur im Kreienhoop

Das vierte Mal führte Radio Bremen seinen literarischen Fernsehworkshop „Literatur im Kreienhoop“ im Nartumer Haus Walter Kempowskis vom 21. bis 23. August dieses Jahres durch. Auf dieser im deutschen „Literaturbetrieb“ sehr beachteten Veranstaltung stellen arrivierte Literaten und Kritiker Nachwuchsauteuren vor. Sie nehmen dabei quasi eine Mentorenraufgabe wahr. In diesem Jahr waren die Mentoren die Schriftsteller

Milo Dor, Ludwig Harig, Karin Struck, Guntram Vesper und Dieter Wellerhoff sowie die Kritiker Jörg Drews und Peter Hamm.

Walter Kempowski als Autor und der Literaturwissenschaftler Manfred Diers als Kritiker nahmen als Mitglieder der Universität Oldenburg am Workshop teil.

Kempowski stellte die österreichische Schriftstellerin Claudia Erdheim vor, die bereits mit einem kritischen Roman zur Psychoanalyse hervorgetreten ist. Diers führte die Italienerin Anita Pichler ein, die im September mit der Erzählung „Die Zaunreiterin“ bei Suhrkamp debütierte.

Die vorhergegangenen Workshops sind dokumentiert und kommentiert in von Manfred Diers und Alfred Mensak herausgegebenen Sammelbänden, die seit 1984 beim Knaus-Verlag in München erscheinen.

„1945 - Die Stunde Null?“

In der Schriftenreihe des BIS ist ein Band mit den Vorträgen des Symposiums der Ossietzky-Tage 1985 erschienen. Das Symposium war dem Thema „1945 - Die Stunde Null?“ gewidmet. Herausgeber der Schrift ist Professor Dr. Gerhard Kraiker. Sie enthält die Beiträge zur Teilung Deutschlands (R. Steinerling), zur Gewerkschaftsentwicklung nach 1945 (A. von Plato), zur Stellung der Frauen im Arbeitsleben und in der Familie zu jener Zeit (R. Nave-Herz), zur Wiedererstellung kommunaler Führungseliten (E. Holtmann), zum Wiederbeginn der Universitäten (G. Kraiker und M. Heinemann) und zur Situation des deutschen Nachkriegsfilms (J. Thiele). Der Preis des Bandes: 9 Mark.

Lehrerbildung in Europa

Unter der Schirmherrschaft des französischen Erziehungsministeriums fand in Toulouse vom 1. bis 5. September die XI. Jahrestagung der Vereinigung für Lehrerbildung in Europa (ATEE) statt, zu der sich in diesem Jahr rund 300 Pädagogen aus 24 Ländern trafen. Aus der Universität Oldenburg, die seit zehn Jahren institutionelles Mitglied der Vereinigung ist, nahmen die Erziehungswissenschaftler Dr. Adelheid Busch, Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Dr. Klaus Winter und der Leiter des ZpB, Detlef Spindler, an der Konferenz teil. Unter dem Rahmenthema „Erziehungswissenschaftliche Forschung und Lehrerbildung“ wurden in elf Arbeitsgruppen Ansätze und Probleme der Verbindung von Forschung und Ausbildung vorgestellt und diskutiert. Hier - wie auch in den drei Plenarvorträgen von französischen, spanischen und deutschen Kollegen - wurde der Zusammenhang von nationalen Ausbildungsstrukturen, -inhalten und -methoden mit dem erziehungswissenschaftlichen Forschungsstand ebenso deutlich wie deren Abhängigkeit von hochschul- und bildungspolitischen Interessenslagen. Besonders die frankophonen Länder erwarteten von der Konferenz wesentliche Unterstützung bei ihren derzeitigen Bemühungen um eine verstärkte Einbeziehung von erziehungswissenschaftlicher und fachdidaktischer Forschung in die Lehrerausbildung. Die nächste Jahrestagung der ATEE wird 1987 in Berlin stattfinden. Das Thema: „Lehrerbildung in Europa vor den Herausforderungen der 90er Jahre“. Ein CALL FOR PAPERS (wie auch Informationen über die ATEE) sind erhältlich bei Dr. Adelheid Busch, Fachbereich 1, AVZ 4-403.



Prämierung hervorragender studentischer Leistungen

Eine Urkunde und einen Scheck in Höhe von 1.000 Mark über gab der bisherige Präsident der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen, sechs Studentinnen und Studenten Anfang September. Sie wurden für ihre im Studium erbrachten hervorragenden Leistungen ausgezeichnet. Erstmals hatte der Niedersächsische Wissenschaftsminister in diesem Jahr eine solche Prämierung für Studierende ausgeschrieben. Sie soll auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr Angelika Brandt (Biologie, Englisch, Pädagogik), Ulrich Brodmann (Musik), Dr. Gisela Gerdes (Biologie), Bernd Günzel (Chemie), Torsten Kaufmann (Kunst, Geschichte), und Angelika van Ohlen (Pädagogik).

DAAD-Unterstützung für das Austauschprogramm mit Brasilien

Sehr beeindruckt zeigte sich der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Prof. Dr. Hans Gerd Schulte, bei seiner Visite in Oldenburg von dem Entwicklungstand der Universität. Schulte, der sich zu einem Informationsbesuch im Juli in der Universität aufhielt, lobte insbesondere den neu geschaffenen naturwissenschaftlichen Gebäudekomplex und die neuen Sportanlagen am Standort Carl-von-Ossietzky-Straße. Die Universität Oldenburg sei mit dieser Ausstattung eine Perle im internationalen Vergleich. Der Besuch des DAAD-Präsidenten diente auch dazu, neue Austauschmöglichkeiten zwischen der Universität Oldenburg und ausländischen Universitäten zu erörtern.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst vermittelt und fördert Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen mit jährlich 200 Millionen Mark. Dem sinnvollen Einsatz dieser Mittel gelten die Visiten des DAAD-Präsidenten an den Universitäten und Hochschulen

der Bundesrepublik. Der DAAD förderte 1985 insgesamt 24000 Personen, wobei nach Schultes Worten die Vermittlung an ausländische Universitäten nicht immer ganz leicht sei, da es gerade bei den deutschen Wissenschaftlern besonders beliebte Austauschländer gäbe. Hier seien, so Schulte, die USA nach wie vor Spitzenreiter in der Beliebtheitsskala der Wissenschaftler.

In den Genuss der Unterstützung durch den DAAD kommen einzelne Wissenschaftler, aber auch ganze Projekte. Ausschlaggebend bei der Auswahl der förderungswürdigen Personen und Projekte sind nach Schultes Angaben in jedem Fall sorgfältig angelegte Leistungskriterien.

Bei der Vergabe der Mittel bevorzugt werden Personen, die bereits einen akademischen Abschluß besitzen und sich nun weiterqualifizierenden Studien wie z.B. einer Promotion widmen. Aber auch Studenten können vom Austauschprogramm des DAAD profitieren, indem bei einem

Studienaufenthalt im Ausland beispielsweise die zu zahlenden Studiengebühren übernommen werden. Ein besonderer Aspekt ist der Kreis der Hochschullehrer, die ebenfalls vom DAAD gefördert werden. Gerade in diesem Bereich habe die Universität Oldenburg, so Schulte, renommierte Kräfte vorzuweisen, die im Rahmen des Entwicklungsländerprogramms Institute und Universitäten mitaufgebaut und damit den Weg zur „Hilfe zur Selbsthilfe“ eingeschlagen hätten. Er wolle sich aus diesem Grunde in Zukunft noch mehr dafür einsetzen, Kontakte zwischen Oldenburger Wissenschaftlern und Kollegen aus dem Ausland zu vermitteln. Das Anliegen der Universität Oldenburg, insbesondere auch Austauschbeziehungen mit Brasilien aufzubauen, finde dabei seine volle Unterstützung. Darüber hinaus wolle er sich im Rahmen der Möglichkeiten eines DAAD-Präsidenten dafür einsetzen, daß Oldenburger Wissenschaftler mehr als bisher in Gutachtergremien Berücksichtigung fänden.

Ausleihbedingung der Bibliothek

Aufgrund der häufigen Überziehungszeiten bei der Buchausleihe weist die Universitätsbibliothek darauf hin, daß gemäß der Benutzungsordnung der Universität die Ausleihfrist für ein Buch nach wie vor einen Monat beträgt. Diese Frist kann verlängert werden, wenn das jeweilige Buch nicht von anderen Benutzern benötigt wird. Bei der Verlängerung der Ausleihfrist bietet das BIS im Interesse einer Benutzervereinfachung folgende Möglichkeiten an:

- Der Entleiher verlängert persönlich (ohne bei der 1. und 2. Verlängerung die Bücher vorzulegen).
- Der Entleiher beauftragt einen Dritten, die Bücherausleihe zu verlängern.
- Der Entleiher schickt eine schriftliche Nachricht mit der Bitte um Verlängerung. Telefonische Verlängerungsanträge sind nicht möglich. Weitere Auskünfte über das Leihverfahren an der Information der Bibliothek.

Lesegeräte für Sehbehinderte

Seit kurzem verfügt das BIS über ein spezielles Lesegerät für stark Sehbehinderte. Das Gerät besteht aus einer elektronischen Kamera und einem getrennten Monitor zur Bildwiedergabe. Es ermöglicht auf einer 61er Bildschirmwiedergabe eine 10-40fache Vergrößerung. Sehbehinderte, die an diesem Gerät arbeiten wollen, melden sich bitte bei der Aufsicht der Bibliothek.

Lektürekurs Französisch

Ab WS 1986/87 bietet die Universität (Fachbereich 2) einen zweisemestrigen Lektürekurs Französisch mit wöchentlich vier Stunden an. Zusätzlich wird vor Anfang jedes Semesters ein 18-Stunden-Kompaßkurs angeboten. Dieser Kurs richtet sich insbesondere an Magisterstudenten (z.B. Historiker), die gemäß Studiennormung Lektürefähigkeit in einer Fremdsprache brauchen. Erster Treffpunkt am Dienstag, 14.10.86, AVZ 5-442, 10.00 Uhr. Lehrbeauftragte: Frau Barthélémi.

„Hitler - ein Film aus Deutschland“

Das nicht nur von der Länge her gigantische Opus gliedert sich in vier Teile: 1. Von der Weltesche bis zur Goethe-Eiche von Buchenwald, 2. Ein deutscher Traum ... bis ans Ende der Welt, 3. Das Ende eines Wintermärchens und der Endtag des Fortschritts, 4. Wir Kinder der Hölle erinnern uns an das Zeitalter des Grals. Die vier Abschnitte sind kaum scharf voneinander abgegrenzte Einheiten mit nacherzählbarem Inhalt. Wie in seinen bisherigen Arbeiten mischt Syberberg konsequent die Konventionen des von ihm verabscheuten Erzählkinos und entwickelt seine der Musik angenehtere Kompositionsform weiter, die vor allem auf den Prinzipien der Montage und Collage beruht. Syberberg entwickelt ein Thema, bricht es ab, um sich einem Gegenstand aus einer anderen Perspektive zu nähern und greift mitunter angeschlagene Motive später wieder auf. Er gibt nicht ein Hitler-Bild, sondern gleich mehrere.

Im Schaffen Syberbergs stellt der Hitler-Film einen Höhepunkt dar. Alle seine letzten Filme - „Ludwig II. - Requiem für einen jungfräulichen König“ (1972), „Theodor Hierneis oder wie man ehemaliger Hofkoch wird“ (1972), „Karl May“ (1974), „Winifred Wagner und die Geschichts des Hauses Wahnfried“ (1975) erscheinen im nachhinein als Marksteine auf dem Weg zum Hitler-Film.

kleinbürgerliche Rücksichten zu nehmen, da wird Hitler als der konsequente Vollstrecker der Fortschrittsideologie interpretiert wie auch als der „Gröfaz“, der „größte Filmmacher aller Zeiten“, der sich und die Massen inszenierte wie einen Film. Es geht Syberberg nicht so sehr um die historische Figur Hitler, sondern es geht um „den Hitler in uns“, es geht um eine Reise in die tiefsten irrationalen Schichten der deutschen Volkssse, wo die alten Mythen schlummern, Mythen, ohne die eine Figur wie Hitler nicht denkbar wäre. Konsequenterweise läßt Syberberg

Ossietzky Tage 86

Beiträge von Kunst und Musik zur Faschismusbewältigung



die Figur Hitlers von mehreren Schauspielern verkörpern oder er läßt die Mächtigen wie Hitler, Himmler, Goebbels nur als Puppen auftreten, die von den Schauspielern sichtbar geführt werden. Ein artifizielles Gerüst von verschiedenen Rahmen umgibt den eigentlichen Kern des Films. Ein Zitat Heinrich Heines („Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“) verbindet Anfang und Ende des Films (am Ende wird es mit Mogadischu in Zusammenhang gebracht). Bilder vom Flug durch den Sternenhimmel zu Anfang und Ende gibt es ebenso wie eine mehrfach wiederkehrende, von Nebelschwaden durchzogene und von Schreckgestalten (verkörpert durch Puppen) bevölkerte surreale Höllenlandschaft. Durch sie zieht ein Mädchen mit schwarzem Umhang, Symbol sowohl für die Schuld als auch für die Perspektive der Naivität, mit der das Grauen geschaut wird. Zirkusdirektor und Jahrmarktsprecher verweisen auf die Ebene eines Spiels, ein Moderator schaltet sich mitunter in das Geschehen ein (André Heller), dessen Worte von Trauer und Pathos getragen sind. Wichtig auch die leitmotivische Wiederkehr vom ersten Filmstudio in einer Glaskugel. Verweis auf das in Syberbergs Augen bedeutendste künstlerische Medium des 20. Jahrhunderts.

Leserbrief

„Bei uns wird diskutiert“ sagte Tuchofsky zum Charakter der wichtigsten politischen Zeitschrift der Weimarer Republik, der Weltbühne, die bekanntlich jahrelang von Carl von Ossietzky redigiert wurde. Ganz unbescheiden wollen wir uns mit der Zeitung „Lanzarote“ an diesem Prinzip auch heute noch orientieren. Und die Diskussionsfreiheit soll bei uns nicht enden, wenn bestimmte Gruppen und Personen kein Interesse an kontroversen Auseinandersetzungen haben. Wir müssen feststellen, daß der Präsident Horst Zilleßen, der laut „uni-info“ durch die Berichterstattung der „Lanzarote“ an „fatale Hetzkampagnen früherer Zeiten“ erinnert wird, offensichtlich in der Tradition von Preszensur der Reichswehr oder antidemokratischer Bürokratie steht. Früher hießen die Vorwürfe „Landesverrat“ bzw. „zerstörendes Kritikastertum“, heute heißt es etwas moderater „schmutzige Kampagnen“. Zilleßen und der Personalrat halten uns durch das Sprachrohr „uni-info“-Artikel in Sachen „V-Mann in der Personalabteilung“ vor. Zunächst ist es verwunderlich, daß sich Zilleßen und der Personalrat ausdrücklich schützend vor einem „Betroffenen“ stellen, wo doch angeblich an der Lanzarote-Geschichte gar nichts dran ist, also keiner gemeint sein kann. Als Lanzarote-Redaktion stellen wir klar, daß es uns nicht um Personen geht, weswegen wir auch den Namen des „V-Mannes“ nicht öffentlich gemacht haben. Jedoch liegen uns zahlreiche Informationen und Dokumente vor, die unsere Berichte stützen. An Horst Zilleßen und den Personalrat auf diesem Weg die Bitte, uns ihre Unnützäusserungen schriftlich zu übermitteln. Selbstverständlich werden diese Positionen dann der Lanzarote-Leserschaft nicht vornehmen.

Lanzarote-Redaktion
Bernhard Koch

Personalien • Personalien • Personalien • Personalien • Personalien



Professor Dr. Jürgen Martens (38), Fachbereich 9 „Chemie“ studierte nach Realschulabschluß und Chemielaborentenlehre bei der Deutschen Shell AG in Hamburg drei Jahre an der Fachhochschule Darmstadt bis zum Abschluß Diplom-Ingenieur. Ein Studium der Chemie folgte an der Technischen Universität Berlin. Als Schüler von Professor Dr. Klaus Praefcke promovierte er 1975 mit einer Arbeit über „Schwefelchemie“. Während dieser Zeit war er wissenschaftlicher Assistent am Institut für Organische Chemie der TU Berlin, 1976/77 Post Doc an der Harvard Universität in Cambridge, Mass. (USA), Arbeitskreis von Professor R.B. Woodward, der sich mit dem Thema „Totalsynthese des Naturstoffs Erythromycin“ beschäftigte. Praktische Industriearbeit erworb Martens von 1977 bis 1986 bei der Degussa AG in Hanau und Frankfurt/Main unter anderem in der Chemie-Forschung, als Leiter einer Wirkstoffproduktion, in der strategischen Unternehmensplanung und im Geschäftsbereich Pharma. Martens arbeitet nach seinem Ruf seit dem 1. Juli in Oldenburg in der Organischen Chemie.

Dr. Julian Eckardt, Germanistin für Literaturdidaktik im Fachbereich 2, ist vom Niedersächsischen Wissenschaftsminister zur außerplanmäßigen Professorin ernannt worden.

Prof. Dr. Klaus Floret, Fachbereich Mathematik, leitete die Sektion „Funktionalanalysis“ auf der Jahrestagung der Deutschen Mathematiker-Vereinigung in Marburg vom 15. bis 19. September 1986.

Dr. Wolfgang Günther, Historiker für Neuere Geschichte und Landesgeschichte im Fachbereich 3, ist vom Niedersächsischen Wissenschaftsminister zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden.

Dr. Gertraude Krell, Hochschulassistentin im Fachbereich 4, hieß auf Einladung des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung und der Arbeiterkammer zur Enquete „Facharbeiterin gesucht“ in Wien einen Vortrag zum Thema „Das Bild der Frau in der Arbeitswissenschaft“.

Die Professoren Dr. Uwe Laucken, Dr. Ulrich Mees und Dr. August Schick, Fachbereich Psychologie, berichteten im Rahmen des Festsymposi-

sions anlässlich des 350jährigen Bestehens der Reichsuniversität Utrecht über ihre im Institut zur Erforschung von Mensch-Umwelt-Beziehungen entwickelte Methode zur Totalanalyse von Beschwerdebriefen.

Dr. Rolf Meinhardt, Verwalter der Professor Ausländerpädagogik im Fachbereich 1, „Pädagogik“, leitet zusammen mit dem Wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands vom 2. bis 9. November 1986 in St. Andrews eine internationale Tagung mit britischen, niederländischen und deutschen Sozialpädagogen und -arbeiten zum Thema „Migration und Gesundheit“.

Professor Dr. Volker Mellert, Fachbereich Physik, ist in den Richtlinien-Verabschiedungs-Ausschuß des VDI sowie in die Ausschüsse „Schallausbreitung im Freien“ und „Schallschutz durch Abschirmung im Freien“ (VDI-Kommission Lärminnenforschung) berufen worden.

Dr. Gottfried Mergner, Erziehungswissenschaftler für Sozialgeschichte der Erziehung im Fachbereich 1, ist vom Niedersächsischen Wissenschaftsminister zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden.

Dr. rer. nat. Bernd Meyer, Hochschulassistent im Fachbereich Chemie, erhielt einen Ruf an das neu gegründete „Complex Carbohydrate Research Center“ der Universität Georgia, Athens (USA), das unter der Leitung von Professor Dr. Peter Albersheim steht.

Professor Dr. Bernd Mütter, Historisches Seminar, wurde in den Vorsitz der „Konferenz für Geschichtsdidaktik“ des Zusammenschlusses der Geschichtsdidaktiker in der Bundesrepublik gewählt.

Professor Dr. August Schick, Leiter des Instituts zur Erforschung von Mensch-Umwelt-Beziehungen, ist vom Bundesminister für Umwelt als Sachverständiger in den interdisziplinären Arbeitskreis für Lärmbewertungsfragen beim Umweltbundesamt berufen worden. Der Arbeitskreis berät die Bundesregierung in Fragen der Schallwirkung auf der Grundlage des Bundesimmissions- schutzgesetzes.

Professor Dr. Ing. Jens Weitkamp, Fachbereich Chemie, wurde auf der internationalen Zeolith-Konferenz in Tokio in den „Council of the International Zeolite Association“ (IZA) gewählt und vom Council der IZA zum Vorsitzenden der neuen Kommission „Zeolith-Katalysatoren“ ernannt.

Institutionsanträgen des 350jährigen Bestehens der Reichsuniversität Utrecht über ihre im Institut zur Erforschung von Mensch-Umwelt-Beziehungen entwickelte Methode zur Totalanalyse von Beschwerdebriefen.

Dr. Rolf Meinhardt, Verwalter der Professor Ausländerpädagogik im Fachbereich 1, „Pädagogik“, leitet zusammen mit dem Wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands vom 2. bis 9. November 1986 in St. Andrews eine internationale Tagung mit britischen, niederländischen und deutschen Sozialpädagogen und -arbeiten zum Thema „Migration und Gesundheit“.

Professor Dr. Volker Mellert, Fachbereich Physik, ist in den Richtlinien-Verabschiedungs-Ausschuß des VDI sowie in die Ausschüsse „Schallausbreitung im Freien“ und „Schallschutz durch Abschirmung im Freien“ (VDI-Kommission Lärminnenforschung) berufen worden.

Dr. Gottfried Mergner, Erziehungswissenschaftler für Sozialgeschichte der Erziehung im Fachbereich 1, ist vom Niedersächsischen Wissenschaftsminister zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden.

Dr. rer. nat. Bernd Meyer, Hochschulassistent im Fachbereich Chemie, erhielt einen Ruf an das neu gegründete „Complex Carbohydrate Research Center“ der Universität Georgia, Athens (USA), das unter der Leitung von Professor Dr. Peter Albersheim steht.

Professor Dr. Bernd Mütter, Historisches Seminar, wurde in den Vorsitz der „Konferenz für Geschichtsdidaktik“ des Zusammenschlusses der Geschichtsdidaktiker in der Bundesrepublik gewählt.

Professor Dr. August Schick, Leiter des Instituts zur Erforschung von Mensch-Umwelt-Beziehungen, ist vom Bundesminister für Umwelt als Sachverständiger in den interdisziplinären Arbeitskreis für Lärmbewertungsfragen beim Umweltbundesamt berufen worden. Der Arbeitskreis berät die Bundesregierung in Fragen der Schallwirkung auf der Grundlage des Bundesimmissions- schutzgesetzes.

Professor Dr. Ing. Jens Weitkamp, Fachbereich Chemie, wurde auf der internationalen Zeolith-Konferenz in Tokio in den „Council of the International Zeolite Association“ (IZA) gewählt und vom Council der IZA zum Vorsitzenden der neuen Kommission „Zeolith-Katalysatoren“ ernannt.

Habilitation

Dr. Peter Schleuning, Musikwissenschaftler mit Schwerpunkt Musikgeschichte, habilitierte im Fachbereich 2 mit dem Vortrag „Die wortlosen Hoffnungen eines tauben Jacobiners: Beethovens „Sinfonia eroica“ im Wien der Revolutionskriege“.

Promotion

Udo Ropohl promovierte im FB 2 mit der Note ausgezeichnet. Thema seiner Dissertation: Kultur der Normalität. Ästhetisch-kulturelle Praxis in Alltag und Lebensgeschichte eines Arbeiters, einer Sekretärin und einer Kunstsammlerin. Vergleichende Fallanalysen als Beitrag zur Grundlagenforschung für die Kultur- und Kunstpädagogik.

Als wissenschaftliche Mitarbeiter wurden eingestellt:

Peter Bahn, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittforschungsprojekt „Arbeitslosigkeit und Lebensgeschichte“ (Prof. Dr. Vonderach, FB 3)

Iris Beck, wissenschaftliche Angestellte im Drittmittforschungsprojekt „Soziale Netzwerke II“ (Prof. Dr. Thimm, FB 1)

Christiane Behmann, wissenschaftliche Angestellte im Drittmittforschungsprojekt „Arbeitslosigkeit und Lebensgeschichte“ (Prof. Dr. Vonderach, FB 3)

Karl-Heinz Blotevogel, Hochschulassistent, FB 7

Christiane Brokmann-Nooren, wissenschaftliche Mitarbeiterin, ZWW

Diethelm Freytag, wissenschaftlicher Mitarbeiter, FB 1 (ABM)

Thomas Glatzel, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittforschungsprojekt „Die Grundwasserfauna des Nordwestens von Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der Crustaceen“ (Prof. Dr. Schminke, FB 7)

Klaus Dieter Götz, wissenschaftlicher Angestellter, ZWW

Oskar von den Hagen, Hochschulassistent, FB 4

Anke Hanft-Grubitzsch, wissenschaftliche Angestellte, FB 4

Dr. Jürgen Helmchen, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittforschungsprojekt „Education Nouvelle“ (Prof. Dr. Busch, FB 1)

Margret Hehmann, wissenschaftliche Angestellte im Drittmittforschungs-

projekt „Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung“ (Prof. Dr. Lenk, FB 3)

Thomas Hildebrandt, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittforschungsbereich „Berücksichtigung umfassender Ressourceneinschöpfung im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Unternehmen“ (Prof. Dr. Strelbel, FB 4)

Günter Hohlfeld, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittforschungsprojekt „Kooperationsmodell zur Beratung und Betreuung von Fernstudierenden in der Region Zentraler Weiterbildungseinrichtungen“ (Dr. Bernath, Fernstudienzentrum)

Inge Jäckel, wissenschaftliche Angestellte „Schulenberg-Institut“, FB 1 (ABM)

Jürgen Kämper, wissenschaftlicher Angestellter, FB 10

Kurt Klenke, wissenschaftlicher Angestellter, FB 9

Volkhard Knigge, wissenschaftlicher Angestellter, ZWW

Heide Kogelberg, wissenschaftliche Angestellte im Drittmittforschungsprojekt „Ionische Oligosaccharide“ (Dr. Bernd Meyer, FB 9)

Konrad Kohler, wissenschaftlicher Angestellter, FB 7

Thomas Pekar, wissenschaftlicher Angestellter im FB 2, Arbeitsstelle Rhetorik

Kordula Schneider, wissenschaftliche Angestellte, FB 7

Franz Michael Schütte, wissenschaftlicher Mitarbeiter, FB 7

Manfred Tschapke, wissenschaftlicher Angestellter „Schulenberg-Institut“, FB 1 (ABM)

Elke Wilkert, Hochschulassistentin, FB 6, Aufgabenbereich „Geometrie/Algebra“

Werner Willms, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittforschungsprojekt „Reaktionsbedingungen“ (Prof. Dr. Kaupp, ZETWA)

Ingrid Stebel, Angestellte, ZpB (ABM), Projekt: „Verbleibstudie ELAB-Absolventen“

Olaf Schröder, Arbeiter, Dez. 4 (ABM)

Arnold Windeler, wissenschaftlicher Angestellter im Drittmittforschungsprojekt „Auswirkungen technischer Informationsförderung auf die Machtstrukturen im Betrieb“ (Prof. Dr. Ortmann, FB 4)

Ekkehard Tegen, Angestellter, ZETWA (ABM), Projekt: „Bau eines Analysensystems für Lärmausbreitungsmeßungen“

Ingrid Werber, Auszubildende (Gärtnerin) im Botanischen Garten

Doris Wess, Angestellte, ZpB (ABM), Projekt: „Verbleibstudie ELAB-Absolventen“

Detlef Wiese, Angestellter, FB 1 (ABM)

Margret Windhaus, Auszubildende Chemielaborantin, FB 9

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

Anna Thye

Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1. 9. 1800



29 OLDENBURG
Schloßplatz 21/22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

Sport-Second-handshop

h. d. alten Molkerei, Bölefelder Str.

Die Buchhandlung in der Universität:

Carl von
Ossietzky Buchhandlung
Haus-Durchwahl: (7 98) 4506
Stadtladen: Achternstraße 15/16

Kopien

Vergrößerungen
Verkleinerungen
Folienkopien
Einbinden

Schnelldruck
ab Auflagen von
20 Stück pro Vorlage
und vieles mehr
beim



KOPIER-DIENST
Ammerländer Heerstraße 88
29 Oldenburg · Tel. 7 63 74

Squash
In beiden Oldenburger
Squash-Anlagen
von 10.00–17.00 Uhr
und ab 21.00 Uhr

Studententarif

45 Minuten Squash incl. Sauna pro Person

DM 6,- im ORC

Kreyenstraße 41
Telefon 36882

DM 8,- im Nados

Nadorster Straße 56
Telefon 81010

WOHNOUTIQUE

HAND-GEWEBTE
BAUMWOLLSTOFFE
HOLZSTÄNGEN
BAUMWOLLMATTEN
ULLMANN'S ECKE
LANGE STRÄDE 91
29 OLDENBURG TEL. 0411-26366

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 70 51/52

B&G seit 1871
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRITS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

Ihr Partner bei all' Ihren
Aufgaben für die
Druckindustrie

Littmann druck

Offsetdruck · Buchdruck